Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3031**
15. Wahlperiode 30. 04. 2004

Antwort
der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Jürgen Klimke, Klaus Brähmig, Dr. Christian Ruck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/2027 –

Tourismus in Entwicklungsländern

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Tourismus ist laut dem World Travel & Tourism Council mit einem Anteil von 10,2 % am globalen Bruttosozialprodukt (BSP) weltweit einer der größten Wirtschaftszweige, der auch von Phasen der Rezession bisher fast unbetroffen geblieben ist. Er bietet große Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung von Ländern der so genannten Dritten Welt. Laut der World Tourism Organization ist diese Branche durch ihre Wechselwirkungen mit anderen Sektoren der inländischen Wirtschaft in der Lage, eine tragende Rolle bei der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern zu spielen.

Die Wirkungen des Tourismus auf Entwicklungsländer können ambivalent sein. Wenn sozio-kulturelle und ökologische Folgeerscheinungen nicht berücksichtigt werden, besteht die Gefahr, dass der wirtschaftliche Aufschwung auf Kosten der lokalen Bevölkerung und der Umwelt erfolgt. Tourismus muss daher nicht nur wettbewerbsfähig, sondern auch nachhaltig sein und langfristig in das vorhandene Wirtschaftssystem integriert werden. Außerdem sollten die Interessen der einheimischen Bevölkerung bei der Planung und Realisierung mit einbezogen werden. Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) definiert nachhaltigen Tourismus wie folgt: „Nachhaltiger Tourismus muss soziale, ökologische und wirtschaftliche Verträglichkeitskriterien erfüllen. Nachhaltiger Tourismus ist langfristig, in Bezug auf heutige wie auf zukünftige Generationen, ethisch und sozial gerecht und kulturell angepasst, ökologisch tragfähig sowie wirtschaftlich sinnvoll und ergiebig."

Reisende aus Deutschland haben in vielen Entwicklungsländern einen hohen Anteil am Besucheraufkommen. Berichte des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung zeigen, dass die Touristen im Hinblick auf Problembereiche der Reiseländer immer stärker sensibilisiert sind. Durch eine gezielte Kooperation und Planung der Bundesregierung mit deutschen und lokalen Reiseveranstaltern, den Regierungen der Entwicklungsländer und Vertretern der lokalen Bevölkerung könnte dazu beigetragen werden, die sozio-kulturellen und ökologischen Beeinträchtigungen zu verringern.

Viele Entwicklungsländer setzen zunehmend auf den Tourismus zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Erwirtschaftung von Devisen und zur Entwick-

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 30. April 2004 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

lung ihrer Gesamtwirtschaft. Zur Unterstützung einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch positiven Entwicklung muss ein verstärktes Engagement der Bundesregierung in der Tourismusförderung als Teil der Entwicklungszusammenarbeit verstanden werden. Auf diesem Gebiet besteht aktuell eine hohe Diskrepanz zwischen verbalem Anspruch der Bundesregierung und verantwortungsbewusstem Handeln. Offensichtlich wird das wirtschaftliche und entwicklungspolitische Potenzial des Tourismus weiterhin unterschätzt oder nicht zur Kenntnis genommen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Armut bekämpfen, Globalisierung gerecht gestalten und den Frieden sichern sind politische Kernbereiche deutscher Entwicklungspolitik. Angesichts von Ungerechtigkeiten, Hunger und Elend in der Welt sind die Umsetzung der Millenniumserklärung, die im September 2000 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) verabschiedet wurde, und die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele für die Bundesregierung von hoher Bedeutung. Insbesondere bekennen wir uns zu dem Ziel, den Anteil der extrem armen Menschen in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

Der deutsche Beitrag zur weltweiten Halbierung extremer Armut findet sich wieder im Aktionsprogramm 2015, das im April 2001 von der Bundesregierung beschlossen wurde. Die vorgesehenen Maßnahmen setzen strukturbildend auf der internationalen und multilateralen Ebene, der Ebene der Partnerländer und in Deutschland an. Die Bundesregierung betrachtet dabei zehn Ansatzpunkte der Armutsbekämpfung als vorrangig. Hierzu gehört unter anderem, die wirtschaftliche Dynamik und die aktive Teilhabe der Armen zu erhöhen, faire Handelschancen für die Entwicklungsländer zu schaffen sowie den Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen zu sichern und eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen zu gewährleisten.

In diesem Kontext kann auch dem Tourismus eine wichtige Rolle im Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes zukommen. Der Tourismus wurde in den vergangenen Jahren zu einem der weltweit wichtigsten Wirtschaftssektoren, was nicht zuletzt der Anstieg von Flugpassagierzahlen belegt. Die Globalisierung der Weltwirtschaft zeigt sich auch in einer zunehmenden Vernetzung der Reiseziele der Menschen aus den Industrieländern, aber auch aus Transformations- und Entwicklungsländern. Gerade für Länder, die über wenige Rohstoffe verfügen, im industriellen oder Dienstleistungssektor auf dem Weltmarkt (noch) nicht konkurrenzfähig sind, liegt im Tourismus ein Potenzial für wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Einkommen. Dieses Potenzial wird auch heute schon – zum Teil mit Unterstützung durch die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – genutzt, wenngleich noch in kleine(re)m Umfang.

Diesen Chancen stehen jedoch auch nicht zu vernachlässigende Risiken gegenüber, wie z. B. durch enorme ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Verwerfungen. Der weltweit zunehmende Flugverkehr, auch begünstigt durch Preiskämpfe und Billigfliegerangebote, hat Auswirkungen auf Umwelt und Klima weltweit. Zudem ist davor zu warnen, zu große Hoffnungen in den Tourismus zu setzen. Nicht vorhersehbare Ereignisse wie kriegerische Auseinandersetzungen, Terrorismus und weltumspannende Epidemien wie z. B. SARS haben unmittelbare und nachhaltige Auswirkungen auf einen solch sensiblen Wirtschaftssektor wie den Tourismus. Missachtung von Kulturen und Traditionen, die zu gesellschaftlichen Verwerfungen in diesen Ländern führen können, Eingriff in die Lebensgrundlagen der Bevölkerung und wirtschaftliche Not der Menschen können die Folge und Begleiterscheinungen eines ungelenkten Tourismus sein.

Deshalb wägt die Bundesregierung in der Entwicklungszusammenarbeit Nutzen und Schaden des Tourismus in jedem Einzelfall ab, um dem Ziel, allen Menschen ein Leben unter menschenwürdigen Umständen zu ermöglichen, zu entsprechen. Leitbild muss ein nachhaltiger Tourismus sein, der in sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht verträglich ist. Bei den Diskussionen über die Möglichkeiten des Tourismus bei der Schaffung von Beschäftigung und wirtschaftlichem Wachstum dürfen die Ansprüche und Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung nicht aus den Augen verloren werden.

Die Bundesregierung gibt gegenüber dieser Großen Anfrage zu bedenken, dass deren zentraler Gegenstand, nämlich die umfangreiche Erhebung von Daten in Industrie-, Transformations- und Entwicklungsländern sowie bei internationalen und multilateralen Organisationen, zweckmäßiger im Rahmen einer längerfristigen Studie zu bearbeiten wäre. Durch die Befassung der Bundesregierung mit umfangreichen Datenerhebungen zur Beantwortung der Anfrage wurden bereits erhebliche Kapazitäten in der Verwaltung gebunden. Nach Einschätzung der Bundesregierung stehen insofern Aufwand und Ertrag – auch im Lichte der Initiativen für einen schlanken Staat – in keinem angemessenen Verhältnis zueinander.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen und Erhebungsmethoden in den einzelnen Ländern die Vergleichbarkeit der ermittelten Daten und damit die Aussagekraft der Angaben unvermeidlich eingeschränkt ist.

Als „Entwicklungsländer“ werden nachfolgend alle nichteuropäischen Länder der Liste der Entwicklungsländer und -gebiete gemäß Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bezeichnet.

I. Deutscher Tourismus in Entwicklungsländer

1. Wie haben sich Zahlen deutscher Reisender in Entwicklungsländer (aufgeschlüsselt auf den Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika, das restliche Afrika, Süd- und Zentralasien, Südostasien, Lateinamerika, die Karibik und Ozeanien) in der Zeit von 1992 bis 2002 entwickelt?

Reisen deutscher Touristen ins Ausland werden in der Bundesrepublik Deutschland durch die amtliche Statistik nicht erfasst. Quelle für die nachfolgenden Tabellen ist die Statistik der Welttourismusorganisation (WTO), die auf den nationalen Statistiken der jeweiligen Zielländer basiert. Verlässliche statistische Angaben der WTO liegen gegenwärtig bis zum Jahr 2001 vor, für einige Entwicklungsländer sogar nur bis 1998, 1999 oder 2000. Eine Vergleichbarkeit mit den verfügbaren WTO-Statistiken aus dem Jahr 1992 ist aufgrund der Veränderung der Bemessungsgrundlage nicht gegeben. Deshalb wurde als frühestmögliches Jahr das Jahr 1995 als Vergleich herangezogen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Anzahl der Ankünfte deutscher Reisender in den Entwicklungsländern in den jeweiligen Regionen für die Jahre 1995 und 2001 (in 1 000). Dabei wurde bei der Zuordnung der Länder zu den entsprechenden Regionen auf die Struktur der Statistik der Welttourismusorganisation (WTO) zurückgegriffen.

Anzahl der Ankünfte deutscher Reisender in den Entwicklungsländern nach außereuropäischen Regionen (in 1 000)

Region	1995[1)]	2001[2)]	Entwicklung in %
Nordafrika	1 001,6	1 137,9	+ 13,6
Restliches Afrika	499,1	682,1	+ 36,7
Naher Osten	425,8	877,0	+ 106,0
Nordost-Asien	170,0	258,1	+ 51,8
Südost-Asien	658,8	761,1	+ 15,5
Südasien	298,4	255,4	– 14,4
Ozeanien	20,0	15,6	– 22,0
Karibik	169,6[3)]	562,7	+ 231,8
Mittelamerika	80,6	66,2	– 17,9
Südamerika	351,5	601,7	+ 71,2

Quelle: Statistik der Welttourismusorganisation (WTO)
[1)] „Yearbook of Tourism Statistics", 50. Ausgabe (1998)
[2)] „Tourism Market Trends 2002"; „Yearbook of Tourism Statistics", Ausgabe 2003
[3)] Für 1995 ohne Dominikanische Republik, da nicht in Statistik ausgewiesen, 1996 reisten 327,8 Tausend Deutsche in die Dominikanische Republik

2. Welches sind die 10 Entwicklungsländer mit den höchsten Besucherzahlen deutscher Touristen im Vergleich zwischen 1992 und 2002?

Zu den statistischen Grundlagen dieser Tabellen s. Antwort zu Frage 1.

Die in den folgenden Tabellen dargestellten 10 Entwicklungsländer wiesen in den Jahren 1995 und 2001 die höchsten Besucherzahlen deutscher Touristen auf.

Zehn Entwicklungsländer mit den höchsten Besucherzahlen deutscher Touristen in 1995

Rang	Land	Anzahl der Ankünfte
1	Tunesien	837 116
2	Thailand	365 812
3	Ägypten	319 312
4	Südafrika	172 502
5	Indonesien	167 653
6	China	166 528
7	Marokko	161 748
8	Kenia	108 700
9	Brasilien	102 106
10	Indien*	89 040

Quelle: Statistik der Welttourismusorganisation (WTO)
„Yearbook of Tourism Statistics", 50. Ausgabe (1998); „Tourism Market Trends 2002"
[*)] Wahrscheinlich gehörte die Dominikanische Republik auch 1995 zu den 10 Entwicklungsländern mit den höchsten Besucherzahlen deutscher Touristen. Dafür würde Indien herausfallen. Statistische Angaben für die Dominikanische Republik sind jedoch erst ab 1996 verfügbar (327 772 Ankünfte deutscher Touristen).

Zehn Entwicklungsländer mit den höchsten Besucherzahlen deutscher Touristen in 2001

Rang	Land	Anzahl der Ankünfte
1	Tunesien	934 747
2	Ägypten	715 066
3	Thailand	398 034
4	Dominikanische Republik	333 559
5	Brasilien	320 050
6	China	253 354
7	Südafrika	207 511
8	Marokko	196 700
9	Indonesien	184 334
10	Kuba	171 851

Quelle: Statistik der Welttourismusorganisation (WTO)
„Yearbook of Tourism Statistics“, Ausgabe 2003; „Tourism Market Trends 2002“

Die Tabellen 2 und 3 zeigen, dass es zwischen 1995 und 2001 nur wenige Veränderungen in der Rangfolge der 10 Entwicklungsländer mit den höchsten Besucherzahlen deutscher Touristen gegeben hat. Dabei wird unterstellt, dass die Dominikanische Republik auch 1995 zu diesen 10 Entwicklungsländern gehört hat. Kenia gehörte 2001 nicht mehr zu den 10 Entwicklungsländern, dafür ist Kuba hinzugekommen.

3. In welchen Staaten hat es in den letzten 10 Jahren Übergriffe auf deutsche Touristen mit welchem Hintergrund gegeben?

Hierzu liegen keine empirischen Grundlagen vor. Die Bundesregierung unterstützt nach dem Konsulargesetz Deutsche in Notlagen im Ausland. Dabei wird nicht unterschieden, ob diese Notlagen durch Übergriffe geschehen, und ob es sich dabei um Touristen handelt oder um Deutsche, die sich aus anderen Gründen im Ausland aufhalten. Eine beträchtliche Zahl von Übergriffen gelangt nicht zur Kenntnis der Bundesregierung, da die Opfer nicht um Nothilfe durch die deutschen Auslandsvertretungen nachsuchen.

Die Entführungsfälle und Anschläge der letzten Jahre, die auch in der breiten Öffentlichkeit zu einer intensiveren Diskussion über die Risiken des Ferntourismus geführt haben, belegen jedoch, dass deutsche Touristen zum Ziel politisch motivierter Entführungen, terroristischer Anschläge und von Gewaltkriminalität werden können.

4. Für welche Entwicklungsländer bestanden weshalb in den letzten 10 Jahren Reisewarnungen des Auswärtigen Amts (AA)?

Die Herausgabe von Reisewarnungen und Sicherheitshinweisen durch das Auswärtige Amt (AA) wurde im August 2001 neu geordnet. Seither werden Reisewarnungen wie folgt definiert:

Reisewarnungen werden in den seltenen Fällen ausgesprochen, in denen zur Abwendung von Gefahr für Leib und Leben vor Reisen in ein Land generell gewarnt werden muss. Deutsche, die in dem betreffenden Land leben, werden in diesem Fall in der Regel zur Ausreise aufgefordert. Gründe für eine Reisewarnung können (Bürger-)Kriege, innere Unruhen oder eine akute terroristische Bedrohung sein. Eine Reisewarnung kann auch ausgesprochen werden, wenn ein hohes Risiko vorliegt, Opfer eines Gewaltverbrechens, z. B. einer Entführung zu werden, oder wenn von Naturkatastrophen oder Epidemien vergleichbar Gefahren ausgehen. Ein weiteres Kriterium, das bei der Entscheidung zur Veröffentlichung einer Reisewarnung eine Rolle spielt, ist die Frage, ob im Notfall Hilfeleistungen möglich sind.

Derzeit bestehen Reisewarnungen für Afghanistan, Haiti, Irak, die Demokratische Republik Kongo (ehem. Zaire), Liberia, Somalia und die Zentralafrikanische Republik.

Seit August 2001 wurden Reisewarnungen noch unter anderem für Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Pakistan, Côte d'Ivoire, den Jemen, für Venezuela und Bolivien ausgesprochen. Diese waren jeweils auf wenige Tage bzw. einige Wochen begrenzt und sind inzwischen aufgehoben.

Neben Reisewarnungen werden auch Sicherheitshinweise veröffentlicht. Die Reisewarnung ersetzt den Sicherheitshinweis. Derzeit wird für etwa 110 Länder ein Sicherheitshinweis veröffentlicht, darunter auch die USA und mehrere EU-Partnerstaaten. Grundsätzlich wird weder bei Sicherheitshinweisen noch bei Reisewarnungen ein Unterschied zwischen Entwicklungsländern und anderen Ländern gemacht.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 26 verwiesen.

II. Wirtschaftliche Faktoren

5. Wie hoch ist jeweils der Anteil des Tourismus am BSP der 10 Entwicklungsländer mit den gegenwärtig höchsten Besucherzahlen deutscher Reisender?

Da der Tourismus als Branche in der Statistik nicht separat erfasst wird, sondern Effekte in vielen Wirtschaftsbranchen bewirkt, kann der Anteil des Tourismus am BSP nur durch aufwändige statistische Berechnungen ermittelt werden. Diese Berechnungen erfolgen in den Ländern unterschiedlich. Die nachfolgenden von den deutschen Botschaften übermittelten Angaben der jeweiligen Länder sind nur bedingt vergleichbar, da ihre Berechnungsgrundlagen nicht bekannt sind.

Land	Anteil des Tourismus am BSP bzw. BIP (in %) 2002	Bemerkungen
Tunesien	6,6	Anteil am BIP
Ägypten	rund 11,3	Anteil am BSP
Thailand	rund 7,0	Anteil am BSP
Dominikanische Republik	13,0	Anteil am BSP
Brasilien	unter 1,0	Anteil am BIP
China	rund 5,3	Anteil am BIP
Südafrika	rund 7,0	Anteil am BIP
Marokko	rund 7,0	Anteil am BIP
Indonesien	keine Angaben	Tourismus wird in Indonesien nicht als eigenständiger Wirtschaftsfaktor ausgewiesen, Anteil Hotelgewerbe 0,54 %, Anteil Restaurantgewerbe 2,76 % (am BIP)
Kuba	keine Angaben	wird nicht gesondert erfasst

6. Welcher Anteil der Deviseneinnahmen ist in diesen Entwicklungsländern jeweils dem Tourismus zuzuschreiben?

Land	Anteil des Tourismus an Deviseneinnahmen (in %)*		
	2000	**2001**	**2002**
Tunesien	16,0	15,2	13,2
Ägypten	Keine Angaben verfügbar, Tourismus ist größte Deviseneinnahmequelle des Landes		
Thailand			11,2
Dominikanische Republik			27,8
Brasilien			2,6
China			5,3
Südafrika			6,0
Marokko			17,0
Indonesien	keine Angaben verfügbar		
Kuba			50,0

* Diese Angaben beruhen auf Informationen der deutschen Botschaften in den jeweiligen Ländern.

7. In welchem Umfang fließen in diesen Entwicklungsländern jeweils aus dem Tourismus eingenommene Devisen zurück ins Ausland?

Nach Informationen der deutschen Botschaften in den jeweiligen Ländern liegen keine belastbaren Angaben vor, in welchem Umfang aus dem Tourismus eingenommene Devisen wieder ins Ausland zurückfließen. Gewisse Anhaltspunkte werden durch folgende Informationen gegeben:

In **Tunesien** lagen die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus im Jahr 2001 bei 1,818 Mrd. Euro und im Jahr 2000 bei 1,658 Mrd. Euro. Demgegenüber gaben Tunesier für Auslandsreisen im Jahr 2001 305 Mio. Euro in Devisen aus (2000: 285 Mio. Euro).

In **Thailand** wurden im Jahr 2002 umgerechnet rund 7,5 Mrd. US-Dollar durch den Tourismus eingenommen (Wechselkurs vom 31. Dezember 2002). Durch die thailändische Bevölkerung wurden im gleichen Jahr im Ausland 2,5 Mrd. US-Dollar ausgegeben.

Nach Angaben der Dominikanischen Zentralbank flossen 2002 rund 10 % der Deviseneinnahmen der **Dominikanischen Republik** aus dem Tourismus ins Ausland zurück. Nach Schätzung der Botschaft Santo Domingo können es aber auch 60 bis 70 % sein. Zuverlässige Angaben sind nicht erhältlich.

In **Südafrika** fließt nur ein geringer Teil der Deviseneinnahmen aus dem Tourismus wieder ins Ausland zurück. Der Großteil dieser Deviseneinnahmen wird reinvestiert.

In **Kuba** fließen schätzungsweise mehr als 60 % der eingenommenen Devisen ins Ausland zurück, da Kuba einen großen Teil der für den Tourismus benötigten Güter aus dem Ausland importieren muss.

8. Wie hoch ist jeweils der Anteil der lokalen Bevölkerung in diesen Entwicklungsländern, die im Tourismussektor beschäftigt sind, und wie ist dabei zwischen direkter und indirekter Beschäftigung zu unterscheiden?

Nachfolgende Angaben beruhen auf Informationen der deutschen Botschaften in den jeweiligen Ländern:

Tunesien

Im tunesischen Tourismussektor sind direkt und indirekt 340 000 Personen beschäftigt. Der Anteil der direkt Beschäftigten wird auf 80 000 veranschlagt (die Zahl der arbeitsaktiven Bevölkerung in Tunesien beläuft sich auf rund 3,3 Millionen Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von 9,78 Millionen).

Ägypten

Das Tourismusgewerbe beschäftigt ca. 2,2 Millionen Personen, das entspricht 12,6 % der Beschäftigten. Weitere 3 Millionen Personen, die z. B. im Bauwesen, Nahrungsmittelbereich, Auto- und Kamelvermietung, Souvenirverkauf und -produktion usw. beschäftigt sind, sind indirekt vom Tourismus abhängig.

Thailand

Im Jahr 2002 waren in Thailand durchschnittlich 2 043 150 Menschen im Hotel- und Gaststättengewerbe beschäftigt. Darüber hinaus liegen keine Statistiken über Beschäftigungszahlen im Tourismussektor vor.

Dominikanische Republik

Nach Schätzungen könnte der Anteil der direkt im Tourismus Beschäftigten bei 50 % liegen. Zu indirekten Beschäftigten liegen keine Angaben vor.

Brasilien

Die Anzahl der direkt im Tourismus Beschäftigten belief sich 2001 auf rund 1,3 Millionen; hinzu kamen weitere 3,6 Millionen Beschäftigte, die indirekt am Tourismus partizipieren. Der Anteil der direkt im Tourismusbereich Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung lag 1999 bei rund 2,3 %.

China

In China sind nach offiziellen Angaben 4,9 % der arbeitsaktiven Bevölkerung im Tourismus tätig, davon 0,8 % direkt und 4,1 % indirekt.

Südafrika

Derzeit sind knapp 500 000 Beschäftigte direkt und weitere rund 500 000 Beschäftigte indirekt im Tourismusbereich tätig. In den letzten drei Jahren wurden in diesem Sektor rund 10 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

An der Messe „Tourism Indaba" nahmen im Jahr 2003 263 von schwarzen Südafrikanern geführte Unternehmen teil, im Jahr 2000 waren es erst 34. Dieser Trend wird sich fortsetzen.

Marokko

Etwa 620 000 Personen sind direkt im Tourismussektor Marokkos beschäftigt.

Indonesien

Über 99 % der in der Tourismusindustrie Beschäftigten gehören der lokalen Bevölkerung an. Lediglich Spitzenpositionen in den Hotels, die den Namen internationaler Hotelketten tragen, werden mit Ausländern besetzt.

Kuba

Nach Schätzungen sind ca. 250 000 Personen direkt im Tourismus beschäftigt. Dazu dürften indirekt im weitesten Sinn noch einmal 250 000 Personen kommen (Zulieferer, Parkwächter, Souvenirverkäufer etc.).

9. In welchen allgemeinen Entwicklungsstadien befinden sich die Volkswirtschaften dieser 10 Entwicklungsländer?

Nachfolgende Angaben beruhen auf Informationen der deutschen Botschaften in den jeweiligen Ländern:

Tunesien

Tunesien hat die erste Phase des Übergangs zur Marktwirtschaft erfolgreich vollzogen. 85 % der Preise wurden liberalisiert, 90 % der Einfuhren unterliegen keinen mengenmäßigen Beschränkungen, Staatsfinanzen und Währung wurden saniert. Die soziale Flankierung der Wirtschaftsreformen hatte für die tunesische Regierung hohe Priorität.

Mit Wachstumsraten von durchschnittlich über 5 % zwischen 1987 und 2001 hat Tunesien den Rang eines Schwellenlandes erreicht. Infolge einer mehrjährigen Dürre, der internationalen Wirtschaftsflaute und der Terroranschläge in den USA und auf Djerba ging das Wachstum 2002 auf 1,7 % zurück. Internationale Beobachter halten für 2003 ein Wachstum von über 4 % wieder für möglich. Der 10. tunesische Entwicklungsplan 2002 bis 2006 geht von einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 5,5 % aus.

Ägypten

Ägypten ist ein Entwicklungsland mit mittlerem Pro-Kopf-Einkommen und befindet sich im Übergang von einem sozialistisch geprägten System hin zu einer marktwirtschaftlich ausgerichteten Politik. Inzwischen ist neben dem noch im-

mer dominanten schwerfälligen Staatssektor ein junger, beweglicher Privatsektor entstanden, dessen Wachstum allerdings durch die derzeitige Wirtschaftslage (insbesondere Devisenknappheit) gebremst wird. Ein wesentliches Problem der ägyptischen Wirtschaft ist die Exportschwäche. Dringender Nachholbedarf besteht u. a. bei der Förderung neuer Technologien und der Investitionsförderung bei Forschung und Entwicklung. Eine besondere Herausforderung für die ägyptische Regierung ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere für Akademiker; das Land hat hier ein großes Potenzial. Die Arbeitslosenquote unter Frauen ist vier Mal größer als bei Männern.

Thailand

Thailand befindet sich im Übergang vom Stadium eines Entwicklungslandes hin zu einem Schwellenland mit einem BSP pro Kopf von 2 011 US-Dollar und einem jährlichen Wachstum von 5 bis 6 % seit 2002. Aufgrund einer zielgerichteten Modernisierungspolitik ist die Zusammensetzung des BSP vom Rückgang des Agrarsektors zugunsten von Industrie und Dienstleistungen gekennzeichnet. Das wirtschaftlich stabile Land konnte die Auslandsverschuldung deutlich reduzieren und die Inflationsrate beständig niedrig halten. Mit Hilfe der „dual track economy“ soll die Binnenwirtschaft stimuliert werden durch kreditfinanzierte Ausgabenprogramme zugunsten der ländlichen Bevölkerung bei gleichzeitiger Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Dominikanische Republik

Die Dominikanische Republik ist nach OECD-Kriterien ein Land mit mittlerem Einkommen der unteren Kategorie (2002 lag das BIP pro Kopf bei gut 2 400 US-Dollar). Der Ausbildungsstand ist noch niedrig. Im Jahr 2002 wurden von 5,18 Mrd. US-Dollar Exporterlösen insgesamt 4,3 US-Dollar in Freihandelszonen erzielt. Trotz erfolgreicher Eigenanstrengungen (u. a. Tourismus, Privatwirtschaft) und mehr als zehn Jahren starken Wachstums bedarf das Land weiterer internationaler Unterstützung, zumal derzeit eine Wirtschaftskrise spürbar ist (Insolvenz von Banken).

Brasilien

Brasilien ist ein Schwellenland. Es gehört zu den am stärksten industrialisierten Ländern der Region, verfügt über reiche Ressourcen wie Bodenschätze, Wasserkraft und gute Bedingungen für die Landwirtschaft. Dennoch ist es aber auch von starken regionalen und sozialen Gegensätzen geprägt.

Seit 1994 wurden industrielle Staatsbetriebe verstärkt privatisiert und eine auf Stabilität und Inflationsbekämpfung ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik eingeleitet. 2001 und 2002 hatte das Land mit extremen Krisensituationen zu kämpfen; 2002 war das Land praktisch vom internationalen Kapitalmarkt abgeschnitten. Die neue Regierung, seit Januar 2003 im Amt, leitete eine Reihe von Reformen ein, die wieder zu einer größeren Stabilität geführt haben und das Wirtschaftswachstum fördern.

China

Die chinesische Volkswirtschaft gehört seit 25 Jahren zu den weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Gleichwohl wird China mit einem BIP von ca. 1 000 US-Dollar pro Kopf noch auf absehbare Zeit ein Entwicklungsland bleiben. Im Osten und Süden des Landes wird China jedoch in einigen Jahren dieses Stadium hinter sich lassen und zu den entwickelteren Ländern aufschließen. Der Übergang zur Marktwirtschaft, verbunden mit einer Öffnung der Wirtschaft, ist noch lange nicht abgeschlossen. Die landwirtschaftlichen Strukturen prägen in weiten Bereichen das Land. Mehr als 800 Millionen Menschen leben auf dem Land, wovon etwa die Hälfte wirtschaftlich von der Landwirtschaft abhängig ist, die aber nur noch etwa 15 % zum BIP beiträgt.

Die soziale Stabilität ist durch das starke Wohlstandsgefälle im Land sowie innerhalb der prosperierenden Regionen (vor allem an der Küste) gefährdet.

In den letzten Jahren war China sehr erfolgreich bei der Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen, da sich die Investitionsbedingungen verbesserten; ein weiterer Schub wird durch den WTO-Beitritt erwartet.

Südafrika

Südafrika ist in den Bereichen Telekommunikation, Bergbau, Infrastruktur, Energie und Industrie auf Industrielandniveau; in anderen Bereichen ist es jedoch Entwicklungsland. Das Einkommen sowie das Vermögen sind extrem ungleich verteilt. Seit Ende der Apartheid 1994 orientiert sich die Regierung Südafrikas an marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Marokko

Nach Kriterien der International Development Association (IDA) gehört Marokko gemessen an seinem Entwicklungsstand in die Gruppe der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen. Das Land befindet sich in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft. Die marktwirtschaftliche Orientierung ist unumstritten und wird im Zuge der notwendigen Anpassungen der Wirtschaft an den Wettbewerb in der Freihandelszone mit der EU (mise à niveau) vorangetrieben. Die erforderlichen Reformen kommen aber sehr schleppend voran, bzw. sind im Ansatz steckengeblieben. Wichtige Wirtschaftsdaten zeigen jedoch eine positive Entwicklung: Die Devisenreserven erreichten Rekordhöhen, die Inflationsrate konnte niedrig gehalten werden, die Arbeitslosigkeit sank leicht. Insbesondere das Baugewerbe gehört zu den Wachstumsstützen der Wirtschaft.

Indonesien

Das Wirtschaftssystem ist von marktwirtschaftlichen Strukturen geprägt, der Staat hält jedoch das Monopol im Energiesektor (Erdöl, Erdgas; Strom). Die Wirtschaftskrise von 1997/98, von der das Land am stärksten von allen in der Region betroffen war, gilt als überwunden. Entscheidendes Element hierbei ist der Aufbau einer leistungsfähigen Privatwirtschaft. Im Jahre 2002 wuchs das BIP um real 3,7 % und lag bei knapp 800 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Für 2003 wird ein Wachstum in ähnlicher Höhe erwartet.

Kuba

Kuba unterscheidet sich von der Mehrzahl der o. a. Länder durch sein zentralistisches System. Es ist Staatshandelsland mit einer Zentralverwaltungswirtschaft nach dem Vorbild der ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas. Außenhandel und Deviseneinnahmen basierten im Wesentlichen auf dem Export von Zucker und anderen Rohstoffen bzw. aus ihnen gefertigten Produkten (z. B. Nickel, Rum und Zigarren). In dem sozialistischen Wirtschaftssystem des Landes haben sich inselförmig marktwirtschaftliche Sektoren entwickelt.

Nach der Auflösung der Sowjetunion bzw. des gesamten Ostblocks musste Kuba seine Wirtschaftsbeziehungen und ihre Struktur neu gestalten und organisieren. Seit 1993 wurden einige Liberalisierungsschritte im Wirtschaftsbereich durchgeführt, z. B. die Freigabe des Dollarbesitzes für Kubaner, die begrenzte Zulassung von Kleinstunternehmen in bestimmten Bereichen, Förderung des Tourismus, Zulassung ausländischer Investitionen.

Durch eine Restrukturierung der Zuckerindustrie, die mit der Schließung von etwa der Hälfte der Zuckerfabriken verbunden war, hat dieser als Exportgut an Bedeutung verloren und ist als Devisenbringer hinter den Tourismus zurückgefallen. Das Land leidet dauerhaft unter erheblichem Devisenmangel, was sich im Falle von Ernteeinbrüchen durch Wirbelstürme (wie im Oktober 2002) noch verstärkt.

10. In welchen Stadien der Tourismusentwicklung befinden sich diese Entwicklungsländer (Initialphase, Wachstumsphase oder Konsolidierungsphase)?

Nachfolgende Angaben beruhen auf Informationen der deutschen Botschaften in den jeweiligen Ländern:

Stadien der Tourismusentwicklung

Land	**Initialphase**	**Wachstums-phase**	**Konsoli-dierungsphase**
Tunesien			X
Ägypten			X
Thailand		X	
Dominikanische Republik		X (überwiegend)	X (zum Teil)
Brasilien		X	
China		X	
Südafrika		X	
Marokko		X	
Indonesien	X (außer Bali)		X (Bali)
Kuba			X

Die vorstehende Übersicht verdeutlicht ganz generell den Stand der touristischen Entwicklung. Dieser kann jedoch innerhalb eines Landes regional sehr unterschiedlich sein. In der Regel sind bestimmte Küstenregionen im Zusammenhang mit Badetourismus am stärksten entwickelt. Teilweise entwickelt sich der Tourismus von dort aus weiter ins Landesinnere, insbesondere wenn dieses landschaftlich attraktiv ist oder (historische) Sehenswürdigkeiten zu besichtigen sind. Zudem werden durchaus auch in Ländern, die sich eher in der Konsolidierungsphase befinden, weitere touristische Großprojekte realisiert (z. B. Tunesien: neue, teilweise fertig gestellte Urlaubsregion Yasmine Hammamet mit ca. 28 000 Betten, davon 15 000 in Hotels, die übrigen als Wohnanlagen, Villen und Apartements).

Daneben können innerhalb eines Landes punktuell sehr stark entwickelte touristische „Spots“ entstehen, z. B. rund um bedeutende kulturelle Sehenswürdigkeiten oder Naturdenkmäler. Sie stehen oft in besonders krassem Gegensatz zum Entwicklungsstand des Umlandes, können diesen aber positiv beeinflussen (z. B. Möglichkeit lokaltypischer Unterkünfte und Restaurants, die dann auch von organisierten Reisegruppen genutzt werden können und Kontakte zur einheimischen Bevölkerung ermöglichen).

Zu beachten ist außerdem, dass es teilweise Bestrebungen zu einer Diversifizierung bzw. Umstrukturierung des touristischen Angebots gibt, z. B. durch die Schaffung neuer Angebote für naturbezogene Urlaubsformen oder im Bereich Wellness, aber auch die Einschränkung bereits stark entwickelter Angebote (z. B. All-inclusive-Anlagen in der Dominikanischen Republik).

Quelle: Fremdenverkehrswirtschaft international (FVW), verschiedene Ausgaben.

11. In welchem Maße hat die lokale Bevölkerung dieser Entwicklungsländer Anteil an den Erlösen aus dem Tourismus?

Hierzu wird auch auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

In Hotels und Restaurants werden meist Einheimische beschäftigt, tendenziell desto häufiger, je einfacher die Tätigkeiten sind. Es ist jedoch davon auszugehen, dass mit zunehmendem Ausbildungsstand der Bevölkerung auch höhere Management-Positionen von Einheimischen besetzt werden, auch wenn z. B. eine Hotelanlage in ausländischem Besitz ist. Der Anteil einheimischer Reiseleiterinnen und Reiseleiter nimmt ebenfalls zu.

Der Anteil der lokalen Bevölkerung an den Erlösen aus dem Tourismus dieser Länder lässt sich im Einzelnen nicht messen. Einige Botschaften informieren, dass insbesondere in touristischen Schwerpunktregionen (z. B. in Thailand, der Dominikanischen Republik, Marokko, Indonesien) die lokale Bevölkerung einen sehr hohen Anteil an den Erlösen aus dem Tourismus hat, was sich z. T. an relativ hohen Einkommen pro Kopf widerspiegelt.

12. Inwieweit werden in diesen Entwicklungsländern bei der Planung, dem Bau und dem Betrieb von touristischen Einrichtungen einheimische Arbeitskräfte beschäftigt bzw. einheimische Dienstleistungsanbieter und Zulieferer in Anspruch genommen?

Nachfolgende Angaben beruhen auf Informationen der deutschen Botschaften in den jeweiligen Ländern:

Tunesien

Planung und Bau werden überwiegend von einheimischen Investoren, Firmen und Arbeitskräften bewerkstelligt. Der Betrieb von Hotels erfolgt teils durch einheimische, teils durch ausländische Hotelketten und Reiseveranstalter, darunter auch aus Deutschland. Führungs- und Spezialpersonal (z. B. Animation) ist tunesisch und ausländisch, das Servicepersonal tunesisch.

Im Lufttransportbereich sind sowohl tunesische Linien- und Charterunternehmen als auch europäische und deutsche aktiv.

Ägypten

Planung und Bau touristischer Einrichtungen liegen überwiegend in einheimischen Händen. Ausländisches Personal wird teilweise im Management und Gastronomiebereich im Luxussegment der Hotelbetriebe, sowie in Tauchschulen und Hauptzweigstellen der Touristikunternehmen eingesetzt. Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte beim Hotelbetrieb ist auf Grund kultureller Faktoren zu gering.

Thailand

Thailand verfügt über eine gut entwickelte einheimische Bauindustrie mit einer hohen Lokalisierung von klassischen ausländischen Zulieferungen wie Klimaanlagen, Sanitäreinrichtungen, Küchen, Informations- und Kommunikationstechnologien. Der Betrieb touristischer Einrichtungen erfolgt weitgehend durch thailändische Kräfte, lediglich die Führungspersonen internationaler Ketten des Tourismusbereichs werden von Ausländern besetzt.

Dominikanische Republik

Es gibt teilweise gute und qualitativ auch für große Hotelanlagen interessante einheimische Dienstleistungsunternehmen und Zulieferer, die vom Tourismus unmittelbar erheblich profitieren. Die Planung touristischer Einrichtungen wird meist von den – überwiegend ausländischen – Investoren wahrgenommen; der

Bau der Anlagen erfolgt überwiegend durch haitianische Bauarbeiter, deren Löhne erheblich niedriger sind als die der dominikanischen Bauarbeiter.

Brasilien

Der Botschaft Brasilia liegen hierzu keine Angaben vor. Es wird jedoch angenommen, dass der weitaus größte Teil der genannten Leistungen von einheimischen Arbeitskräften erbracht wird.

China

Bei der Planung, dem Bau und dem Betrieb von touristischen Einrichtungen in China werden überwiegend einheimische Arbeitskräfte beschäftigt bzw. einheimische Dienstleistungsanbieter und Zulieferer in Anspruch genommen. Eine Ausnahme bildet das Segment der Vier- bis Fünf-Sterne-Hotellerie, bei der im Top-Management in größerem Umfang Ausländer beschäftigt werden. Auch bei Planung und Bau sowie Ausstattung solcher Hotels wird in gewissem Maße auf ausländische Anbieter und Zulieferer zurückgegriffen. Insgesamt dürfte auf dieses Segment aber nur ein geringer Anteil der im Tourismussektor erbrachten Leistungen entfallen.

Südafrika

Die südafrikanische Regierung und Wirtschaft haben die große Bedeutung des Tourismus für die weitere Entwicklung des Landes erkannt und unternehmen gemeinsam umfangreiche Maßnahmen, um vor allem die Beschäftigung einheimischer Arbeitskräfte im Tourismussektor zu erhöhen.

Marokko

Bei Planung und Bau touristischer Einrichtungen sind überwiegend marokkanische Consulting- und Baufirmen eingeschaltet. Auch beim Betrieb touristischer Einrichtungen wird fast vollständig auf einheimische Arbeitskräfte zurückgegriffen. Führungspositionen werden auch von Ausländern eingenommen.

Indonesien

Bau, Planung und Betrieb touristischer Einrichtungen erfolgt fast ausschließlich durch einheimische Anbieter und mit einheimischen Arbeitskräften. Wegen hoher Zollbarrieren kommen – soweit verfügbar – lokale Materialien zum Einsatz.

Kuba

Einheimische Arbeitskräfte werden mit großer Mehrheit beschäftigt; einheimische Dienstleistungsanbieter werden in hohem Maße in Anspruch genommen. Der Anteil einheimischer Zulieferer steigt.

13. Überwiegen in diesen Entwicklungsländern in der Tourismuswirtschaft einheimische oder ausländische Investoren?

    Inwieweit investieren ausländische Investoren ihre Einnahmen wieder im jeweiligen Entwicklungsland?

Nachfolgende Angaben beruhen auf Informationen der deutschen Botschaften in den jeweiligen Ländern:

Tunesien

Beim Bau von touristischen Einrichtungen sind überwiegend einheimische, aber vereinzelt auch ausländische Investoren aktiv. Der Betrieb erfolgt in hohem Maße durch ausländische Firmen. Ende 2001 waren 7 % der in Tunesien insgesamt investierenden Firmen mit ausländischer Beteiligung in der Tourismusbranche tätig (154 Firmen mit über 17 000 Beschäftigten).

Ägypten

Angaben zum Anteil ausländischer Investitionen in der Importbranche sind nicht verfügbar. Der Massentourismus wäre jedoch ohne ausländische Investitionen nicht möglich. Die internationalen Hotelketten (Sheraton, Steigenberger etc.) sind in Ägypten jeweils mit mehreren Häusern vertreten. Das ägyptische Investitionsgesetz lässt eine 100 %ige ausländische Eigentümerschaft zu, jedoch arbeiten viele ausländische Reiseveranstalter mit lokalen Partnern zusammen.

Thailand

Investitionen im touristischen Mittel- und Obersegment stammen ganz überwiegend von den großen Firmengruppen Thailands. Investitionswillige ausländische Finanzinvestoren und internationale Hotelgruppen (z. B. aus Hongkong) können auf ein hohes inländisches Kapitalangebot zurückgreifen. Thailändische Gruppen ihrerseits investieren im Ausland (z. B. im Hotelsektor).

Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik überwiegen wegen der touristischen Großprojekte ganz eindeutig ausländische – hauptsächlich spanische – Investoren. Dominikanische Unternehmer investieren vor allem in kleinere Projekte (vor allem Hotels und Restaurants). Genaue Zahlen liegen nicht vor. Ausländische Investoren investieren ihre Einnahmen teilweise wieder in der Dominikanischen Republik, z. B. durch Bau weiterer Hotelanlagen.

Brasilien

Über den Anteil ausländischer Investoren liegen keine Angaben vor.

China

In der Tourismuswirtschaft Chinas überwiegen einheimische Investoren (einschließlich Investoren aus Hongkong). Im Segment der Vier- bis Fünf-Sterne-Hotellerie engagieren sich aber auch ausländische Investoren in größerem Maße. Im Hinblick auf das weiterhin zu erwartende Wachstum des Tourismussektors investieren ausländische Investoren einen großen Teil ihrer Einnahmen wieder in China.

Südafrika

In der südafrikanischen Tourismusbranche überwiegen einheimische Investoren. Ausländische Unternehmen investieren in der Regel ihre in Südafrika erzielten Gewinne wieder in die Tourismuswirtschaft des Landes.

Marokko

Bei Großprojekten der Tourismuswirtschaft überwiegen ausländische Investoren, die aber sehr häufig Partnerschaften mit marokkanischen Firmen eingehen. Kleinere Projekte werden meist von marokkanischen Investoren entwickelt. Sie tragen zum gegenwärtigen Bauboom in Marokko bei.

Indonesien

In Indonesien überwiegen einheimische Investoren.

Kuba

Nach Kenntnis der Botschaft Havanna gibt es in Kuba nur zwei ausländische Investoren (ein spanisches und ein kanadisches Unternehmen). Bei anderen Hotels, die zu ausländischen Ketten gehören, haben diese Ketten nur Managementverträge abgeschlossen. Es ist nicht bekannt, inwieweit die o. g. Unternehmen ihre Einnahmen wieder in Kuba investieren. Im Gaststättenbereich sind ausländische Investoren unerwünscht.

14. Welche Maßnahmen im Bereich
    - der Politik der Bundesregierung
    - der Regierungen der Entwicklungsländer
    - der Tourismuswirtschaft

    sind nach Ansicht der Bundesregierung nötig, um eine größere Teilhabe der lokalen Bevölkerung an den positiven Effekten des Tourismus zu erreichen?

Die Bundesregierung ist sich der entwicklungspolitischen Bedeutung des Tourismus sehr wohl bewusst. Die Selbstbestimmung der lokalen Bevölkerung und deren Beteiligung bei der Planung und Entwicklung des Tourismus, sowie die Teilhabe an wirtschaftlichen Erfolgen ist ein wichtiges Ziel der von der Bundesregierung mitgetragenen tourismusrelevanten internationalen Abkommen und Vereinbarungen. In diesem Zusammenhang können u. a. genannt werden:

- Charta for Sustainable Tourism (by the World Conference on Sustainable Tourism, Lanzarote 1995);
- Agenda 21 for the Travel and Tourism Industry (World Travel and Tourism Council, World Tourism Organisation, Earth Council, 1996
- Berlin Declaration: Biological Diversity and Sustainable Tourism (März 1997)
- Umwelterklärung der Deutschen Tourismuswirtschaft (Oktober 1997)
- Global Code of Ethics for Tourism (WTO, 1999)
- Quebec-Declaration on Eco-Tourism (UNEP, WTO, Juni 2002)
- der beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD, Johannesburg, 2002) verabschiedete Plan of Implementation (Schwerpunkt nachhaltiger Tourismus)
- Guidelines on Biodiversity and Tourism Development (Vereinbarung der Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention, Kuala Lumpur, Februar 2004).

In zahlreichen Programmen und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit ist die Beteiligung und Teilhabe der ortsansässigen Bevölkerung eine zentrale Aufgabe.

Die Bundesregierung unterstützt sowohl im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit als auch durch Programme zur Förderung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft konkrete Ansätze für Einkommen schaffende Maßnahmen, berufliche Bildung und Bewusstseinsbildung. Sie fördert aktiv die Kooperation mit der deutschen Tourismuswirtschaft und sieht deren Rolle als Partner bei der Umsetzung der Ziele der Armutsminderung. Sie verfolgt und fördert die Diskussion um Standards und Zertifizierungssysteme, nach denen Unternehmen gefördert werden, die sich für eine bessere Teilhabe der lokalen Bevölkerung einsetzen.

Fragen des Ausbaus der Tourismusbeziehungen mit diesen Ländern werden in der Regel im Rahmen der bilateralen wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den Regierungen der Entwicklungsländer behandelt.

Die Regierungen der Entwicklungsländer könnten in nationalen Tourismusentwicklungsplänen die Beteiligung lokaler Unternehmen stärker fördern. Dies kann in Form von Kooperationen mit Reiseveranstaltern erfolgen, indem diese z. B. bei Pauschalangeboten für Teilpakete lokale Unternehmer einbinden.

In Zusammenarbeit mit der Tourismuswirtschaft könnten diese Regierungen Organisationsformen entwickeln, damit Einnahmen aus dem Tourismus zur

ortsansässigen Bevölkerung noch stärker zurückfließen. Das Bewusstsein für die Bedeutung des Humankapitals ist zu fördern, u. a. durch bessere Schulung des einheimischen Personals und durch Stärkung seiner unternehmerischen Initiative und Eigenverantwortung.

15. Gibt es unter den verschiedenen Urlaubsarten, wie etwa Pauschal- und Individualurlaub, nach Kenntnis der Bundesregierung Unterschiede in deren lokalwirtschaftlichen Auswirkungen?

Die lokalwirtschaftlichen Auswirkungen verschiedener Tourismusarten lassen sich nicht verallgemeinern. Ebenso sind die Formen von Pauschal- bzw. Individualtourismus und deren Auswirkungen unterschiedlich. Deshalb ist eine allgemeine Beantwortung dieser Frage nicht möglich. Auf der Grundlage von Informationen des Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e. V. (StfTE) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) lässt sich Folgendes feststellen:

Der überwiegende Teil der Reisen in Entwicklungsländer wird als Pauschalreise durchgeführt (etwa 80 %). In die Ziele am Mittelmeer kommen rund 90 % der Reisenden mit dem Flugzeug, bei weiter entfernten Ländern liegt der Anteil noch höher; etwa drei Viertel der Touristen wohnen während ihres Urlaubs in Hotels. Damit wird die dominierende Stellung der Pauschalreise- bzw. Pauschalreise-ähnlichen Arrangements bei Reisen in Entwicklungsländer deutlich, die verbunden ist mit einem entsprechend großen Einfluss der in aller Regel ausländischen Reiseveranstalter.

Für Pauschaltourismus stehen in der Regel größere Hotelanlagen zur Verfügung. Diese Urlaubsform bietet zahlreiche Möglichkeiten für direkte und indirekte Arbeitsplätze in den Hotels sowie bei Zulieferern und Dienstleistern, die überwiegend der lokalen Bevölkerung zugute kommen.

Individualtourismus erfordert in der Regel eine entsprechende touristische Infrastruktur im Land und kann damit gleichzeitig zur Entwicklung kleinerer privater Unternehmen (Pensionen, Restaurants, Autovermietung o. Ä.) beitragen.

Seit einiger Zeit besteht ein Trend zur Individualisierung der Pauschalreise („Baukastenreise“), die u. a. in der generell größeren Reiseerfahrung der Bevölkerung begründet liegt, aber auch mit neuen Vertriebs- und Verkaufswegen zu tun hat (Internet). Eine Abgrenzung von Pauschal- und Individualreisen und damit auch von ihren jeweiligen lokalwirtschaftlichen Wirkungen wird daher zunehmend schwieriger.

Auf der anderen Seite ist das auf dem deutschen Markt noch vergleichsweise junge Konzept der All-inclusive-Angebote erfolgreich, wobei solche Reisen häufiger in eher strukturschwache Urlaubsregionen führen. Hier ist die Wertschöpfungskette in der Regel noch stärker auf den Anbieter konzentriert. Dennoch: ein großer Teil der All-inclusive-Urlauber nutzt ihren Aufenthalt auch für Ausflüge und nimmt damit lokale Angebote in Anspruch, die den Einheimischen zugute kommen.

III. Tourismusförderung

16. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass der Tourismus positive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft der Entwicklungsländer hat?

Tourismus kann als Devisenbringer eine hohe Bedeutung haben, insbesondere für Staaten mit geringem Warenexport. Entscheidend sind hierbei die Nettodeviseneinnahmen (Bruttodeviseneinnahmen minus Devisenausgaben für Leistungen der Infra- und Suprastruktur, Nahrungsmittelimporte, Marketingleistungen und Zinsleistungen für ausländische Kredite). Tourismus kann Arbeitsplätze schaffen. Investitionen im Tourismussektor können zu steigender Nachfrage und Folgeinvestitionen in angrenzenden Bereichen führen. So können z. B. die Bauwirtschaft, Transportgesellschaften oder die Landwirtschaft profitieren.

Die sozialen, kulturellen und politischen Auswirkungen des Tourismus in Entwicklungsländern kann man nicht verallgemeinern. Der Tourismus trägt generell zu Modernisierungsprozessen bei. Hierbei kann es zu Konflikten zwischen den Ansprüchen und Verhaltensweisen der Reisenden aus Industrieländern und den oft von Armut und Traditionen geprägten Lebensbedingungen der Menschen in den Zielländern kommen. Neue Bedürfnisse werden geweckt, die oft nicht befriedigt werden können. Die Intensität des ausgelösten sozialen Wandels hängt von der Unterschiedlichkeit der Kulturen und den Besucherzahlen ab. Ein positiver sozialer Wandel kann z. B. die Auflösung erstarrter Sozialstrukturen sein. Durch neue Tätigkeitsfelder eröffnen sich auch neue Blickwinkel, z. B. in Bezug auf die soziale Schichtenzugehörigkeit oder die Rolle der Frauen.

17. Stimmt die Bundesregierung der These zu, dass der Tourismus andere wichtige Sektoren wie z. B. den Naturschutz und die ländliche Regionalentwicklung unterstützen kann, und wenn ja, in welcher Form?

Ja. Tourismus generiert zusätzliche Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Erfahrungen bei Anrainern von Naturschutzgebieten zeigen, dass diese Möglichkeiten sowohl die Identifikation mit den Naturschutzzielen fördern als auch als zusätzliche Einkommensquellen oder Einkommensalternativen zu schädlichen Praktiken (wie Wildern oder illegalem Holzeinschlag) akzeptiert werden. Ein weiterer Effekt ist der Ausbau von Infrastrukturen gerade in abgelegenen Regionen, die den Zugang zu öffentlichen Versorgungseinrichtungen und Märkten verbessern. Voraussetzung für eine breite Akzeptanz ist eine frühzeitige und aktive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung bei Planung und Umsetzung von Maßnahmen der Tourismusförderung.

18. Stimmt die Bundesregierung der Aussage zu, dass Entwicklungsländer einer Unterstützung durch die Entwicklungszusammenarbeit bedürfen, um negative Effekte des Tourismus zu vermeiden und auf eine nachhaltige Tourismusentwicklung hinzuwirken?

    Wenn nein, warum nicht?

Ja. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gilt auch für den Tourismus. Der Begriff „nachhaltiger Tourismus“ beinhaltet neben der Sozialverträglichkeit sowohl das langfristige wirtschaftliche Nutzungsinteresse seiner Ressourcen als auch den dauerhaften Erhalt der ökologischen Funktionen. Tourismusfehlentwicklungen in den letzten zwei Jahrzehnten zeigten in manchen Ländern negative Effekte, wie die Gefährdung oder gar Zerstörung der natürlichen Ressourcen durch Übernutzung, Umweltverschmutzung und unkontrollierte Infrastrukturentwicklungen.

Entwicklungs- und Transformationsländer wünschen vor allem Unterstützung, von der Beratung in der Tourismuspolitik über den Aufbau einer touristischen Infrastruktur bis hin zur Förderung von Initiativen auf lokaler, überregionaler und internationaler Ebene. Tourismus ist überwiegend eine Komponente in umfassenden Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit, z. B. in der Regionalentwicklung, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie im Ressourcenschutz.

19. In welchem Umfang und in welchen Ländern unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit Projekte mit primär touristischer Zielsetzung?

Im Rahmen der bilateralen Technischen Zusammenarbeit werden derzeit etwa 80 Vorhaben über die GTZ durchgeführt, in denen Tourismus mindestens eine Teilkomponente enthält (s. Anlage 1). Bei einigen Vorhaben ist Tourismusförderung wesentliches Projektziel, z. B. in Mittelamerika, in Südost-Europa und im Nahen Osten. Der auf den Tourismusbereich entfallende Anteil dieser Vorhaben beträgt rund 20 Mio. Euro. Hinzu kommen Projekte der Finanziellen Zusammenarbeit mit einem Mittelvolumen von rund 203,5 Mio. Euro, die z. T. als TZ/FZ-Kooperationsvorhaben über die KfW durchgeführt werden (Anlage 2). Eine Berechnung des tourismusbezogenen Anteils dieser Projekte ist nicht möglich.

Mit rund 56,7 Mio. Euro beteiligt sich die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) an der Finanzierung überwiegend im Hotelsektor in Argentinien, China, Dominikanische Republik, Kenia, Mexiko, Namibia, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Tansania, Türkei, Vietnam und überregional in Asien.

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist derzeit in Botswana, Kamerun, Mali, Sambia, Südafrika, Chile, Dominikanische Republik, Ecuador, Honduras, Peru, Laos, Usbekistan und Philippinen mit 16 Entwicklungshelferinnen und -helfern sowie zwei Entwicklungsstipendiatinnen und -stipendiaten im Bereich Tourismus tätig. Der Mitteleinsatz im Jahr 2003 betrug ca. 1,6 Mio. Euro. Vorhaben in vier weiteren Ländern (Äthiopien, Laos, Ruanda und Vietnam) sind geplant. Vier Projekte mit einem Mitteleinsatz von ca. 2,0 Mio. Euro wurden bereits erfolgreich abgeschlossen.

20. Nach welchen politischen Zielen wird die Tourismusförderung in Entwicklungsländern von der Bundesregierung ausgewählt?

Die Förderung von Projekten mit Tourismusbezug orientiert sich an den allgemeinen Grundsätzen der deutschen Entwicklungspolitik. Maßgebend sind die drei übergeordneten Ziele: die Armut zu mindern, den Frieden zu sichern und den Globalisierungsprozess gerecht zu gestalten. Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung ist dabei auf die Umsetzung der im September 2000 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Millenniums-Erklärung und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele ausgerichtet.

21. Inwieweit fördern wichtige multilaterale Institutionen wie z. B. die Weltbank oder die EU Tourismusprojekte oder -programme in Entwicklungsländern?

Die EU fördert auf der Grundlage von Artikel 24 des Abkommens von Cotonou Tourismusprojekte oder -programme in Entwicklungsländern im Rahmen ihrer verschiedenen Regionalinstrumente: dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für die Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des

Pazifiks (AKP), Asiens und Lateinamerikas (ALA) sowie den Mittelmeerraum (MEDA). Gefördert werden auch Partnerstaaten in Osteuropa und Zentralasien (TACIS – Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States) sowie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, die Bundesrepublik Jugoslawien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (CARDS – Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilization).

Tourismusförderung ist kein ausgewiesener Schwerpunkt von Projekten und Programmen, die durch Kredite der Weltbank (IDA sowie IBRD – International Bank for Reconstruction and Development) finanziert werden. Jedoch wird die besondere Bedeutung des Tourismus als einer der Antriebsfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung sowie der Beschäftigung in vielen Entwicklungsländern anerkannt. Viele von der Weltbank finanzierten Programme, z. B. der ländlichen Entwicklung, des Ressourcenschutzes oder der Privatwirtschaftsförderung enthalten teils umfangreiche Komponenten zur Förderung von Tourismus. Ferner tragen Infrastrukturprojekte in breitem Umfang indirekt zur Förderung des Tourismus bei, da sie Voraussetzungen für nachfolgende private Investitionen im Tourismusbereich sind. Auch die zur Weltbankgruppe gehörende International Finance Cooperation (IFC) ist in der Tourismusförderung in Entwicklungsländern involviert. Das Portfolio des Jahres 2003 i. H. v. 16,8 Mrd. US-Dollar bestand zu drei Prozent aus Investitionen im Tourismusbereich, vor allem in Form von Beteiligungen an Hotels.

22. Welche Entwicklungsländer haben im Zeitraum zwischen 1992 und 2002 von der EU Fördermittel für ihre touristische Auslandswerbung erhalten und in welchem Umfang?

Der Bundesregierung liegen lediglich Informationen vor, welche tourismusrelevanten Vorhaben aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) im Zeitraum von 1991 bis 2003 mit einem Mittelvolumen von insgesamt etwa 112,9 Mio. Euro in Entwicklungsländern gefördert wurden (s. Anlage 3). Angaben, in welcher Höhe diese Mittel für touristische Auslandswerbung verwendet wurden, liegen nicht vor.

IV. Möglichkeiten für Projekte der Tourismusförderung

23. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass potenzielle Investoren durch Marktstudien in die Lage versetzt werden können, vorhandene Investitionschancen im Tourismus in Entwicklungsländern besser zu nutzen?

    Wenn ja, unterstützt die Bundesregierung die Durchführung solcher Marktstudien?

    Wenn nein, warum nicht?

Ja. Marktstudien und Einschätzungen der Marktlage sind Voraussetzung für das Interesse potenzieller Investoren, weil sie das unternehmerische Risiko einschätzen helfen. Sie dienen gleichzeitig dazu, entwicklungspolitisches Engagement effizient zu gestalten und Fehlinvestitionen zu vermeiden. Analysen der Marktsituation werden in einer Reihe von tourismusrelevanten EZ-Projekten betrieben. So ließen Marktstudien in einem überregionalen Tourismusprojekt zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in sieben mittelamerikanischen Staaten erkennen, worin der komparative Vorteil gemeinsamer Vermarktung liegt. Im Rahmen einer über die Bundesregierung finanzierten GTZ-Maßnahme zur Initiative „sustainable-all-inclusive“ wird derzeit an der Analyse der aktuellen Vernetzungen von All-inclusive-Reisen und großen Ferienanlagen gearbeitet, um marktgerechte Vorschläge für die Einbringung von Nachhaltigkeitsas-

pekten bei Planung, Bau und Betrieb großer Anlagen zu entwickeln. Auch im Rahmen laufender tourismusrelevanter Projekte im Bereich der Public Private Partnership-Initiativen (PPP) oder im Zusammenhang mit Tourismusmasterplänen werden derartige Marktstudien mit dem Ziel der Investitionslenkung erarbeitet.

24. Unterstützt die Bundesregierung die Entwicklung von Marketingstrategien zur Tourismusplanung von Entwicklungsländern?

    Wenn ja, wie und in welchen Ländern?

    Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung unterstützt innerhalb von laufenden Tourismus-relevanten Projekten der Entwicklungszusammenarbeit die Entwicklung von Marketingstrategien z. B. wie folgt:

Albanien (Korca)	Förderung der Privatwirtschaft mit Schwerpunkt in der Region Korca/Pogradec
Rumänien	Programm zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Rumänien
Bulgarien	Programm zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Bulgarien
Kroatien und Montenegro	Stärkung des Tourismus-relevanten KMU-Sektors in Kroatien und Montenegro
Serbien	Unterstützung des KMU-Sektors in Serbien
Palästinensische Gebiete	Förderung von KMU im Tourismussektor
Mosambik	Regionalstrategie Provinz Inhambane
Madagaskar	Förderung der Privatwirtschaft im Naturtourismus
Kamerun	Förderung des Öko-Tourismus
Mittelamerika (7 Länder)	Förderung des Integrationsprozesses der zentralamerikanischen Staaten mittels Tourismus

25. Unterstützt die Bundesregierung den Aufbau und den Betrieb von tourismusspezifischen Bildungseinrichtungen wie z. B. für die Aus- und Fortbildung des Servicepersonals und von Fachkräften in der Gastronomie und Hotellerie sowie für weitere touristische Dienstleistungen und Unternehmensmanagement, um die Beschäftigungschancen der einheimischen Bevölkerung zu erhöhen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des touristischen Angebotes von Entwicklungsländern zu steigern?

    Wenn ja, welche Einrichtungen werden in welchen Ländern unterstützt?

    Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung unterstützt innerhalb von laufenden Tourismus-relevanten Projekten der Entwicklungszusammenarbeit auch den Aufbau und den Betrieb von Tourismus-spezifischen Bildungseinrichtungen.

Georgien	Tourismusentwicklung im Borjomi-Kharagauli Nationalpark
Kirgisistan	Entwicklung des Biosphärenreservats Issyk-Kul
Laos	Programm zur beschäftigungsorientierten Aus- und Fortbildung für Zielgruppen aus dem informellen Sektor (BAFIS)
Philippinen	Förderung der Berufsbildung
Venezuela	Aufbau eines Umweltzentrums in El Pilar, Edo, Sucre
Kroatien und Montenegro	PPP-Maßnahme Pro-wood, Stärkung des Tourismus-relevanten KMU-Sektors in Kroatien und Montenegro
Albanien	Förderung der Privatwirtschaft mit Schwerpunkt in der Region Korca/Pogradec
Palästinensische Gebiete	Förderung von KMU im Tourismussektor

Über das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) werden zurzeit insgesamt 7 Integrierte Fachkräfte in Aufgabenbereichen mit primär touristischer Zielsetzung mit Gehaltszuschüssen wie folgt gefördert:

China	Naturschutz/Ökotourismus
Costa Rica (2)	Tourismusmanagement
Indien	Hotelmanagement
Montenegro	Tourismusberatung
Serbien	Handels-/Tourismusberatung
Usbekistan	Tourismusberatung

Die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) fördert Fortbildungsmaßnahmen zur Qualifizierung von Personal im Tourismusbereich wie folgt:

Zielland/-region	**Maßnahme/Teilnehmer**
Mongolei	Hotelmanagement
Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan	Entwicklung von Schutzgebieten und Ökotourismus; Fachleute aus Ministerien/Fachinstitutionen und NGO, die Tourismus im Rahmen von Biosphärenreservaten planen/managen.
Armenien, Aserbaidschan, Georgien	Schutzgebiete und wirtschaftliche Entwicklung (Ökotourismus) in der Kaukasusregion; Planerinnen und Planer, Tourismus und Naturschutzfachkräfte und Tour-Operators aus Ministerien, Departments, Naturschutzbehörden, NRO und Privatsektor, die Ökotourismus in Naturschutzgebieten und deren Umfeld planen und durchführen.
Südafrika	PPP-Programm, Berufsbildung für Tourismusexperten; Gefördert wird der südafrikanische Tourismusverband SATour und seine Mitgliedsunternehmen mit dem Ziel der Beschäftigungsförderung und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.
SADC (Southern African Development Community)-Region und Ostafrika	Management von Schutzgebietssystemen im südl. und östlichen Afrika; Fachleute aus Naturschutzbehörden, Tourismus-Departments, NRO, Community Trusts, die (Öko-)Tourismus in Schutzgebieten und Umfeld planen und durchführen.
Georgien, Aserbaidschan, Armenien	Schutzgebiete und wirtschaftliche Entwicklung (Ökotourismus) in der Kaukasusregion (90 Fachleute).
Armenien; Aserbaidschan; Georgien	Schutzgebiete und regionale wirtschaftliche Entwicklung (Ökotourismus) in der südlichen Kaukasusregion.
SADC-Region und Ostafrika	Management von Schutzgebietssystemen im südl. und östlichen Afrika: Ökotourismus in Schutzgebieten und Umfeld.
Kasachstan	Inhouse-Training Hotel- und Naturpark-Management; Tourismusverband, 5 Hotelbetriebe in Almaty; Almataer Zentrum Staatlicher Naturpark „Altyn-Emel“ (Nähe Almaty).
Kroatien	Inhouse-Training Hotel- und Immobilien-Management; Privatisierungsfonds, 5 Hotelunternehmen.
Montenegro, Tourismusministerium	Inhouse-Training Hotelmanagement; 5 Hotelunternehmen.

Im Rahmen von Kleinmaßnahmen wurde in 2002 die Nachkontaktarbeit des Goethe-Instituts Inter Nationes (i. d. R. Fortbildungen, Kongresse, Symposien usw. mit einer Dauer von 2 bis 3 Tagen) in Argentinien und Senegal gefördert. Partner dieser Kleinmaßnahmen sind in der Regel die örtlichen Rückkehrervereinigungen und andere lokale Partner, wie Stadtverwaltungen, Universitäten.

Der DED ist in einem Kooperationsvorhaben der Technischen Zusammenarbeit (TZ) in Usbekistan im Aufbau von drei Colleges für die Berufsausbildung in Tourismus-relevanten Berufen und einer engeren Verknüpfung von Theorie und Praxis aktiv (Förderung der Berufsbildung). Sein Engagement konzentriert sich dabei auf das College in Samarkand.

26. Unterstützt die Bundesregierung angesichts von Terroranschlägen, Entführungen und einer allgemein gestiegenen Kriminalität Maßnahmen zur Erhöhung der persönlichen Sicherheit von Touristen in Entwicklungsländern, insbesondere in Ländern mit hohem internationalem und deutschem Besucheraufkommen?

    Wenn ja, mit welchen Maßnahmen in welchen Ländern?

    Wenn nein, warum nicht?

Ja. Die Bundesregierung informiert mit den vom Auswärtigen Amt erstellten Sicherheitshinweisen und Reisewarnungen unter anderem über Einreisebestimmungen eines Landes, über medizinische Risiken, straf- und zollrechtliche Bestimmungen und macht in Ländern, in denen es erforderlich erscheint, auf länderspezifische Sicherheitsrisiken für Reisende und Deutsche im Ausland aufmerksam. Auch Erkenntnisse der Bundesregierung über eine mögliche Gefährdung durch Terroranschläge fließen in die Hinweise ein. Mit den EU-Partnern und mit einigen befreundeten Staaten findet hierzu ein enger, vertrauensvoller Informationsaustausch statt. Die Hinweise werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf kurzfristig aktualisiert.

Die Bundesregierung arbeitet darüber hinaus in Deutschland eng mit Tourismus- und Reiseveranstaltern sowie über ihre Botschaften und Konsulate vor Ort mit den Behörden des Gastlandes zusammen, um durch geeignete Maßnahmen die Sicherheit von Reisenden zu gewährleisten und im Notfall eine schnelle und effiziente Hilfeleistung sicherzustellen. An den vom Auswärtigen Amt in Krisen oder schweren Unglücksfällen eingerichteten Krisenstäben nehmen bei Bedarf auch Vertreter von Tourismus- und Reiseveranstaltern oder Luftfahrtunternehmen teil.

Die Bundesregierung ist sowohl bilateral als auch in internationalen Foren bei der Terrorismusbekämpfung und -prävention aktiv. Viele präventive Maßnahmen, so z. B. Beratung bei Anti-Terror-Gesetzgebung, Zusammenarbeit etwa im Polizeibereich oder bei der Flugsicherheit sowie die Ausbildung von Expertinnen und Experten tragen mittelbar auch zur erhöhten Sicherheit für deutsche Touristen im Ausland bei.

27. Wie bewertet die Bundesregierung die Ansatzpunkte

 – Mitarbeit an einem räumlichen Tourismusplan unter Erarbeitung von gesellschaftlich abgestimmten Umweltqualitätszielen,

 – Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, die die einheimische Tourismuswirtschaft beraten bzw. fördern können (Wirtschaftsverbände, Nicht-Regierungsorganisationen, lokale und nationale Verwaltungen)

 für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit?

Beide Ansätze werden in der Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich praktiziert. Der Aufbau von Institutionen, Kooperationsstrukturen und Netzwerken sind unabdingbare Voraussetzung, um Projektziele zu erreichen und deren ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu sichern. Grundsätzlich werden im Rahmen der Förderung der Privatwirtschaft Aktivitäten auf der Mikro-, Meso- und Makroebene gefördert. Die Unterstützung von Institutionen ist integraler Bestandteil dieses Förderansatzes.

28. Klären die Regierungen der Entwicklungsländer ihre Bevölkerung nach Ansicht der Bundesregierung ausreichend über die Chancen und Gefahren des Tourismus auf?

 Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

 Wenn nein, welche Maßnahmen sollten nach Ansicht der Bundesregierung ergriffen werden, und was unternimmt die Bundesregierung zur Unterstützung solcher Maßnahmen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind sich die meisten Regierungen in Entwicklungsländern mit nennenswertem Aufkommen deutscher Touristen der Bedeutung des Tourismus für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes bewusst und klären ihre Bevölkerung vor allem über die daraus entstehenden Chancen auf. Hierzu gibt es Tourismusförderungsgesetze (Türkei), Entwicklungsprogramme (z. B. in Marokko „Vision 2010“), Informationsprojekte, Fernsehspots (z. B. in Peru zum korrekten Umgang mit Touristen) und Ausbildungsmaßnahmen. Vielerorts übernehmen Nichtregierungsorganisationen (NRO) die Aufklärungsarbeit. Sie werden dabei teilweise von den Regierungen unterstützt. Wo Ökotourismus eine wirtschaftliche Rolle spielt (z. B. in Costa Rica) oder der wirtschaftliche Erfolg des Tourismus auch von Umweltfaktoren abhängt (saubere Strände) werden in die Aufklärungskampagnen auch Umweltfragen aufgenommen. In Schwerpunktländern deutscher Pauschalreiseanbieter (z. B. Dominikanische Republik) informieren auch die Reiseveranstalter die Bevölkerung über die wirtschaftlichen Chancen und die ökologischen Voraussetzungen des Tourismus.

Kuba ist ein Sonderfall. Die von der Staatsführung angeordnete Öffnung für den Tourismus war weitgehend eine Folge der schweren Wirtschaftskrise nach dem Zusammenbruch des RGW (Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe) und dem Wegfall der größten Wirtschaftspartner. Die großen Touristenzentren sind gleichsam wie Inseln von der Außenwelt abgeschirmt und weitgehend in der Hand von Staatsfirmen, wobei die Streitkräfte eine herausragende Rolle spielen. Eine offene Diskussion mit der Bevölkerung über Chancen des Tourismus findet jedoch nicht statt. Gleichzeitig propagiert die Regierung den Tourismus als einen „Tourismus des Friedens und der Gesundheit“, warnt vor Gefahren (z. B. AIDS) und geht hart gegen Prostitution und Drogenmissbrauch vor.

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die Entwicklungsländer ihre Bürgerinnen und Bürger verstärkt über Chancen als auch Gefahren des Tourismus (z. B. Umweltbelastung, Sextourismus) aufklären würden. In Marokko,

Vietnam, Kap Verde, Dominikanische Republik unterstützt die Bundesregierung durch EZ-Projekte die Aufklärungsarbeit, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit (AIDS-Vorsorge) und Sextourismus.

V. Gesundheitliche Risiken

29. Hat sich durch das vermehrte Reisen in Entwicklungsländer das Krankheitsaufkommen in Deutschland verändert?

Informationen zu den nach Deutschland importierten, Reise-assoziierten Infektionskrankheiten liefern im Wesentlichen die nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) erhobenen Daten. Die gesetzliche Meldepflicht betrifft eine Reihe von wichtigen teilweise oder zur Gänze importierten Infektionskrankheiten wie beispielsweise Malaria, Dengue-Fieber, Shigellose, Typhus und Paratyphus, Hepatitis A und Giardiasis. Das IfSG ist seit dem 1. Januar 2001 in Kraft, zuvor galt das Bundes-Seuchengesetz. Die IfSG-Daten werden regelmäßig auch unter dem Aspekt der importierten Infektionskrankheiten ausgewertet. Eine Reihe von tropischen Infektionskrankheiten wie Bilharziose oder Leishmaniose sind nicht meldepflichtig. Hierzu muss auf ergänzende Erfassungssysteme wie z. B. SIMPID (Surveillance importierter Infektionen in Deutschland), ein im Mai 2001 mit Unterstützung des Robert Koch-Instituts (RKI) ins Leben gerufenes bundesweites Überwachungsnetzwerk, zurückgegriffen werden. Grundsätzlich ist jedoch dabei zu beachten, dass nicht alle Erkrankungen zu einem Arztbesuch führen oder nicht alle diagnostizierten Erkrankungen auch wie vorgesehen gemeldet werden bzw. nicht für alle importierten Erkrankungen eine Meldepflicht besteht.

Die verfügbaren Daten liefern – insgesamt betrachtet – keine Evidenz für eine Zunahme (oder Abnahme) der Infektionskrankheiten, die durch Reisen in „Entwicklungsländer“ nach Deutschland importiert werden. So bewegte sich die Anzahl der in Deutschland gemeldeten Malaria-Erkrankungen in den letzten 10 Jahren zwischen 800 und 1 000 Fällen pro Jahr. Bei anderen importierten Erkrankungen wie der Shigellose (Shigellenruhr) war ein gewisser Rückgang zu verzeichnen. In einzelnen Jahren kann es bei bestimmten Erregern zu einem deutlichen Anstieg kommen. Ein Beispiel dafür ist das Dengue-Fieber, das durch das IfSG in Deutschland erstmals systematisch erfasst wird. Die Zahl der gemeldeten Dengue-Fälle stieg von 60 im Jahr 2001 auf über 200 im Jahr 2002. Selbst wenn man annimmt, dass in der frühen Phase der Einführung der Meldepflicht die Meldungen nicht vollständig erfolgt sind, so ist der Anstieg zumindest zum großen Teil Ausdruck der epidemiologischen Situation in den Reiseländern selbst (verstärktes Auftreten von Dengue-Fieber im Jahr 2002 in wichtigen Tourismusgebieten Thailands und Brasiliens). Auch wenn sich die Gesamtzahl der importierten Infektionen in den letzten Jahren nicht signifikant geändert hat, so ist damit zu rechnen, dass sich ihr Spektrum verändern bzw. erweitern kann. Das jüngste Beispiel dafür ist SARS.

30. Welche Krankheitserreger werden in der Regel von Fernreisen in Entwicklungsländer nach Deutschland eingeschleppt?

Ein vorrangiges Problem bei Reisenden in Entwicklungsländern ist die Reisediarrhö. Ein größerer Teil dieser Infektionen heilt bereits während der Reise aus und kommt in Deutschland nicht zur Diagnose und Meldung.

Die Situation bei den wichtigsten meldepflichtigen reiseassoziierten Infektionskrankheiten ist in der folgenden Tabelle dargestellt. In der Tabelle sind Krankheiten aufgeführt, die im Zeitraum von 1991 bis 2002 ausschließlich (Malaria,

Cholera, Rückfallfieber, Fleckfieber, Lepra, Gelbfieber) oder zu einem signifikanten Teil (Typhus, Paratyphus, Diphtherie) reisebedingt nach Deutschland eingeschleppt wurden.

Anzahl der Erkrankungen											
Jahr	Malaria	Typhus	Para-Typhus	Brucellose	Shigellose	Cholera	Rückfallfieber	Fleckfieber	Diphtherie	Lepra	Gelbfieber
1991	912	224	122	27	2 074	1	2	2	2	4	0
1992	762	213	120	23	2 339	2	1	1	1	1	0
1993	728	197	91	21	1 959	1	1	2	9	5	0
1994	824	172	119	28	2 320	7	1	1	8	5	0
1995	943	162	105	35	1 878	1	0	3	4	2	0
1996	1 049	141	79	23	1 526	0	0	0	3	3	0
1997	1 024	75	59	24	1 978	1	1	0	3	6	0
1998	1 008	78	61	18	1 642	5	1	1	1	5	0
1999	932	109	87	21	1 610	3	1	0	1	6	1
2000	803	70	64	28	1 320	2	0	3	0	1	0
2001	1 044	88	72	25	1 624	2	0	2	0	3	0
2002	861	58	67	35	1 180	0	1	0	1	1	0

Quelle: Neu und vermehrt auftretende Infektionskrankheiten, Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE-Heft 18, 2003)

Die häufigste gemeldete Importerkrankung in Deutschland ist mit 800 bis 1 000 Fällen pro Jahr die Malaria (vgl. Jahresbericht für Reise-assoziierte Krankheiten 2002, Epidemiologisches Bulletin 49/2003). Im Berichtsjahr 2002 wurden 861 Malaria-Erkrankungen an das RKI übermittelt, 2001 waren es 1 044. Bei Typhus bzw. Paratyphus gab es 58 bzw. 67 Erkrankungsfälle im Jahr 2002, verglichen mit 88 bzw. 72 im Jahr 2001. Bei Typhus wurden 91 % importiert, bei Paratyphus etwa die Hälfte. Diese Erkrankungszahlen sind tendenziell etwas zurückgegangen. Im Jahr 2002 wurden 1 180 Erkrankungsfälle an Shigellose übermittelt, 27 % weniger als 2001.

Bei der Hepatitis A wurden 2 274 Fälle gemeldet, zu mehr als 35 % importiert. Bei der Hepatitis B gab es 2 427 Meldungen, davon über 10 % aus dem Ausland. Unter den nicht-meldepflichtigen importierten Infektionskrankheiten sind die Bilharziose mit schätzungsweise 200 Fällen pro Jahr und die Leishmaniose zu erwähnen (2002: 20 Fälle erfasst).

Virale hämorrhagische Fieber wie Gelbfieber, Ebola-Fieber oder Lassa-Fieber sind äußerst seltene importierte Krankheiten, aber aufgrund ihrer hohen Letalität von Bedeutung. In Deutschland trat im Januar 2000 ein Fall von aus Westafrika importiertem Lassa-Fieber auf. Davor kam es 1974 und 1985 zu einem nach Deutschland importierten Fall von Lassa-Fieber. 1999 kam es bei einem deutschen Patienten nach einem Aufenthalt in Côte d’Ivoire zu einer Gelbfiebererkrankung.

31. Wie viele Todesfälle gab es in den letzten 10 Jahren durch solche eingeschleppten Krankheitserreger in Deutschland bzw. bei Auslandsreisen deutscher Touristen (aufgeschlüsselt nach Krankheiten)?

Während die meisten Gesundheitsprobleme auf Reisen infektionsbedingt sind, spielen die Infektionserreger als Ursache für Todesfälle nur eine untergeordnete Rolle. Studien belegen, dass bei Reisenden ohne Vorerkrankungen Verkehrsunfälle die häufigste Todesursache in Entwicklungsländern sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der von 1990 bis 2002 in Deutschland an Malaria verstorbenen Patienten:

Jahr	Sterbefälle
1990	19
1991	10
1992	21
1993	17
1994	28
1995	25
1996	19
1997	15
1998	21
1999	18
2000	8
2001	8
2002	3

Quelle: Statistisches Bundesamt bis 2000 bzw. IfSG-Meldedaten 2001, 2002)

Während zwischen 1990 und 1999 jährlich zwischen ca. 15 und 25 Patienten an Malaria verstarben, ist in den letzten 3 Jahren die Malaria-Letalität erfreulicherweise zurückgegangen.

Todesfälle durch virusbedingtes hämorrhagisches Fieber wurden 2002 nicht gemeldet. Der letzte Todesfall trat im Jahre 2000 auf (Lassa-Fieber). Im zweiten Halbjahr 1999 war eine importierte Gelbfiebererkrankung ebenfalls tödlich verlaufen. Seit 1. Januar 2001 wurden keine Todesfälle für importierte Krankheiten wie Shigellose, Paratyphus, Typhus, Hepatitis A, Dengue-Fieber, Cholera, Gelbfieber und Lassa-Fieber gemeldet.

32. Ist die Gesundheitsvorsorge deutscher Touristen bei Reisen in Entwicklungsländer nach Ansicht der Bundesregierung ausreichend?

    Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Situation bei den kurzfristigen „Last-minute“-Reisen?

Reise- bzw. Tropenmedizinerinnen und -mediziner bieten heute bundesweit qualifizierte Beratung an. Darüber hinaus werden Reisende über gesundheitliche Risiken durch entsprechende Hinweistexte in den Katalogen und Informationsunterlagen der Reiseveranstalter aufgeklärt (s. Antwort zu Frage 34). Viele Infektions- und Tropenkrankheiten sind heute zuverlässig durch Impfung vermeidbar (z. B. Hepatitis A, B; Polio, Gelbfieber, Tollwut, Japan Enzephalitis), andere durch prophylaktische Maßnahmen und Verhalten (Geschlechtskrankheiten oder die durch Mücken übertragenen Erkrankungen wie Malaria oder Dengue-Fieber), weitere sind gut einer raschen Therapie zugänglich (z. B. Kurztherapie der Reisediarrhö), so dass dann keine Erreger mitgebracht wer-

den. Voraussetzung ist eine qualifizierte Reiseberatung durch die Reise- bzw. Tropenmedizinerin und den Reise- bzw. Tropenmediziner, der dies alles vor Reisebeginn vermitteln kann und so Behandlungskosten und -aufwand zu Hause erspart. Es gibt eine Vielzahl von Untersuchungen, die zeigen, dass der Impfschutz und die Infektionsprophylaxe bei Reisen in Entwicklungsländer nicht ausreichend sind. Eine Studie des Reisemedizinischen Zentrums des Bernhard-Nocht-Instituts (BNI) legt dar, dass Gesundheitsrisiken bei Reisenden in touristisch beliebte Schwellen- und Entwicklungsländer oft falsch eingeschätzt werden, und hat die Bedeutung der fachlich fundierten Beratung vor der Reise hervorgehoben (Epidemiologisches Bulletin 2003; 37, 299). Im Epidemiologischen Bulletin Nr. 34 im Jahre 2001 wurde eine Untersuchung am Universitätsklinikum Frankfurt/Main zum Impfstatus und zu Impfungen bei Fernreisen publiziert (siehe auch: Ludwig et al., MMW 2001; 143: 667), die gravierende Lücken beim Polio-, Diphtherie- und Tetanusimpfschutz zeigt. Im Bericht über Gesundheitsprobleme bei Fernreisen (Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 02/01) werden Ergebnisse eines Bundesgesundheits-Surveys zitiert, wonach nur 38 % der Reisenden gegen Hepatitis A geimpft waren; ein Impfschutz gegen Gelbfieber bestand sogar nur bei 31 % der Reisenden in entsprechende Endemiegebiete. In einer Vielzahl von Untersuchungen wurde auch gezeigt, dass die konsequente medikamentöse Malariaprophylaxe bei Reisen in Hochendemiegebiete nicht ausreichend von deutschen Touristen befolgt wird.

Die Angebote zur Gesundheitsvorsorge vor Reisen in tropische Regionen haben sich in den letzten Jahren weiter verbessert. Es ist allerdings nicht klar, welcher Anteil der Reisenden diese Angebote in Anspruch nimmt, eine adäquate Beratung erfährt und die Empfehlungen dann auch in die Praxis umsetzt. Die Eigenverantwortung der Reisenden kann kein noch so gutes Angebot zur Gesundheitsvorsorge ersetzen. Auch wenn sich die Situation in den letzten Jahren tendenziell verbessert hat und etwa die Anzahl der Malaria-Todesfälle zurückgeht, so ist dennoch davon auszugehen, dass es bei Fernreisenden nach wie vor erhebliche Defizite bei der Malariaprophylaxe, im Ernährungsverhalten und auch bei der Prävention von sexuell übertragbaren Erkrankungen gibt.

Zur Einschätzung der besonderen Gefährdung von Last-minute-Reisenden ist die Datenlage nicht ausreichend. Diese Reiseform stellt ein reisemedizinisches Problem dar, in Abhängigkeit vom Zielort und der Dauer der Reise sowie vom Reisestil. Last-minute-Reisen in so genannte Erste-Welt-Länder sind medizinisch unproblematisch, scheitern aber gelegentlich an Impfvorschriften des Ziellandes, die so schnell nicht erfüllbar sind. Last-minute-Reisen in medizinisch schlecht versorgte Länder haben ein hohes Infektions- oder Unfallrisiko. Sie sind problematisch, weil beim Reisenden kein Risikobewusstsein aufgebaut werden kann und somit die einfachsten Prophylaxeregeln (Mückenschutz) und Vermeidungsstrategien (Kleidung, Vermeiden von fremden Sexualpartnern) nicht bekannt und nicht akzeptiert werden.

Eine Studie gelangte zu dem Ergebnis, dass kurzfristig gebuchte Last-minute-Reisen nicht zwangsläufig mit einer inadäquaten Gesundheitsvorsorge verknüpft waren (RKI; Infektionsepidemiologische Forschung, II/1998). Die Last-minute-Reisenden hatten zwar seltener einen ausreichenden Impfschutz (im Vergleich zu den übrigen Reisenden), andererseits waren sie besser über Gesundheitsgefahren und Möglichkeiten der Vermeidung informiert, da es sich bei ihnen häufig um Reisende mit Tropenerfahrung handelte. Diese Ergebnisse können allerdings nicht verallgemeinert werden. Die Last-minute-Reisenden stellen zweifellos eine wichtige Zielgruppe für eine intensivierte Aufklärung durch Reisebüros sowie Reisemedizinerinnen und Reisemediziner dar.

33. Welche Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken von Fernreisen in Entwicklungsländer hat die Bundesregierung ergriffen?

Kenntnisse über gesundheitliche Risiken von Aufenthalten im Ausland, insbesondere in Entwicklungsländern, sammelt systematisch der Gesundheitsdienst des Auswärtigen Amts, der jährlich einen Fachkongress mit 1 200 Ärztinnen und Ärzten/Reisemedizinerinnen und Reisemedizinern im Auswärtigen Amt veranstaltet, um die tropenmedizinische und reisemedizinische Fachszene unmittelbar mit den Problemen besonders in medizinisch schlecht versorgten Gebieten zu konfrontieren. Dabei wird den deutschen Reisemedizinern und -medizinerinnen ein direkter Kontakt mit den Regionalärztinnen und -ärzten des Auswärtigen Amtes ermöglicht. Intention dieser und weiterer intensiver Öffentlichkeitsarbeit, z. B. auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin (ITB), der alltäglichen telefonischen und Online-Beratung von Firmen und Tourismusindustrie sowie den einzelnen Ärztinnen und Ärzten ist es, möglichst wenig Unfälle bzw. Notfälle durch medizinische Probleme im Ausland überhaupt erst entstehen zu lassen. Darüber hinaus wird eine Förderung des Tourismus dadurch erreicht, dass bekannte und fachärztlich richtig eingeschätzte Risiken zu einer berechenbaren Größe für Unternehmen und Touristen werden.

Im unmittelbaren Bereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) werden Aufgaben zur Aufklärung der Fachöffentlichkeit und der Bevölkerung vom Robert Koch-Institut (RKI) sowie von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) wahrgenommen. Darüber hinaus leistet das Bernhard-Nocht-Institut (BNI) einen wesentlichen Anteil zur Aufklärung der Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken von Fernreisen. Das BNI ist der Behörde für Umwelt und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert und gehört als Einrichtung von überregionaler wissenschaftspolitischer Bedeutung der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an. Als so genanntes Blaue Liste-Institut wird es gemeinsam vom BMGS und der Hamburger Behörde für Umwelt und Gesundheit finanziert.

Das Robert Koch-Institut (RKI) analysiert die Daten aus dem Meldesystem auch unter dem Aspekt der importierten Infektionskrankheiten und informiert die interessierte (Fach-) Öffentlichkeit regelmäßig über die Ergebnisse im Epidemiologischen Bulletin und im Infektionsepidemiologischen Jahrbuch sowie der Gesundheitsberichterstattung. Im Bulletin wird auch über regionale Besonderheiten (Ausbrüche bei bestimmten Infektionskrankheiten etc.) und besondere Vorkommnisse berichtet. Für die Fachöffentlichkeit existieren eine Reihe von guten und inzwischen breit etablierten reisemedizinischen Informationssystemen mit spezifischen Länderangaben. Anlässlich der SARS-Epidemie wurden am RKI für die allgemeine Öffentlichkeit sowie für Fachleute stark frequentierte Hotlines eingerichtet.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat im Zusammenhang mit der AIDS-Aufklärung Reise-Infomaterialien in Form einer Broschüre „Reisefieber“ mit Tipps für einen unbeschwerten Urlaub zusammengestellt, die auch über das Internet zugänglich sind. Diese Broschüre wurde und wird in hohen Auflagen über die Reisebüros verteilt. Dabei wird ein spezielles Kapitel den Infektionskrankheiten aufgrund ihrer Bedeutung und besonderer Gefährlichkeit gewidmet. Die Informationen betreffen den Reisedurchfall, der bei jedem Dritten auftritt und häufig zu Reiseunfähigkeit führt, Malaria als weit verbreitete und ernst zu nehmende Erkrankung, die zum Tode führen kann und Infektionskrankheiten, gegen die es einen Impfschutz gibt, z. B. Cholera, Diphtherie, Gelbfieber, Hepatitis A und B, Japanische Enzephalitis, Meningokokken-Meningitis, Polio, Typhus, aber auch Dengue-Fieber und Bilharziose.

Das Reisemedizinische Zentrum (RMZ) des BNI hat sich einer neutralen und unabhängigen Beratung von Reisenden, Ärztinnen und Ärzten sowie Krankenversicherungen verpflichtet und führt jährlich ca. 12 000 Reiseberatungen durch. Das Beratungskonzept umfasst sowohl Beratungen per Telefon als auch per Internetservice mit Reisetipps und bietet eine Länderdatenbank. Mit der BZgA wurde eine Zusammenarbeit im Themenbereich „Reisen und Sexualität" vereinbart. Das Internet-Angebot des RMZ ist umfassend und erhielt 2003 als erster deutscher Reiseberatungsanbieter das Qualitätssiegel der schweizerischen Health on the Net Foundation (HON). Das RMZ des BNI ist zudem auf Grund seiner Unabhängigkeit von Medizinprodukteherstellern als einzige Reiseberatung in Deutschland Teilnehmer an dem Pilotprojekt AFGIS des BMGS, das Qualitäts- und Transparenzkriterien für Gesundheitsinformationssysteme entwickelt. Zudem stellt es sein Fachwissen auch Ärztinnen und Ärzten zur Verfügung.

34. Ist die Aufklärung der Bevölkerung über diese gesundheitlichen Risiken in den Katalogen und Informationsunterlagen von Reiseveranstaltern nach Ansicht der Bundesregierung ausreichend?

    Wenn nein, mit welchen Maßnahmen könnte eine bessere Aufklärung erreicht werden?

Die derzeitige Aufklärung über gesundheitliche Risiken in Katalogen und Informationsunterlagen wird in Kürze eine Verbesserung erfahren:

Der Deutsche Reisebüro und Reiseveranstalterverband (DRV) wird in wenigen Tagen mit dem Bernhard-Nocht-Institut eine Vereinbarung treffen, wonach das Bernhard-Nocht-Institut Informationen zur gesundheitlichen Aufklärung von Tropenreisenden zur Verfügung stellt.

Reisebüros und Reiseveranstalter werden vom DRV aufgefordert, diese Informationshinweise an ihre Kunden weiterzuleiten.

Es bleibt abzuwarten, ob darüber hinaus weitere Maßnahmen notwendig werden. Anzustreben wäre auch eine Regelung auf europäischer Ebene.

35. Kann das Robert Koch-Institut (RKI) als nationales Referenzzentrum für biometrische Wissenschaften, insbesondere Infektionskrankheiten und Infektionsschutz, bei der gegebenen personellen und sachlichen Ausstattung seine Aufgaben ausreichend wahrnehmen?

Das Robert Koch-Institut (RKI) ist die zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitskontrolle und -prävention. Das Institut nimmt seine Aufgaben der Erkennung, Erfassung, Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten inklusive der reiseassoziierten Infektionen erfolgreich wahr. Es koordiniert eine leistungsfähige Surveillance als Basis für die fortlaufende Gefahreneinschätzung und Information der Politik und (Fach-)Öffentlichkeit. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die anwendungsorientierte Forschung. Eine Ausweitung der RKI-Aktivitäten bei den importierten Infektionskrankheiten insbesondere im Bereich der anwendungsorientierten Forschung (z. B. gezielte Studien zu den Risikofaktoren wichtiger importierter Infektionen, zum Umfang und zur Qualität der reisemedizinischen Vorsorge in Abhängigkeit von der Art der Beratungsstelle, zum Prophylaxeverhalten der Reisenden) und bei der Entwicklung von Standards für die Gesundheitsvorsorge (in Kooperation mit den Fachgesellschaften) ist durchaus sinnvoll. Mit der derzeitigen personellen und sachlichen Ausstattung können solche Aufgaben allerdings nicht prioritär bearbeitet werden.

Eine Beratung des Einzelnen über gesundheitliche Risiken und vorbeugende Maßnahmen im Zusammenhang mit Reisen in tropische Länder erfolgt grundsätzlich über die behandelnden Ärztinnen und Ärzte, die örtlichen Gesundheitsämter und reisemedizinischen Sprechstunden. Daneben gibt es noch eine Reihe von gewerblich tätigen reisemedizinischen Informationsdiensten (z. B. CRM) bzw. privatwirtschaftliche Reise-Gesundheits-Services, die aber überwiegend zur Information und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten und Apotheken genutzt werden.

36. Unterstützt die Bundesregierung Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Notfall-Versorgung in Entwicklungsländern, insbesondere in Ländern mit hohem internationalem und deutschem Besucheraufkommen?

    Wenn ja, mit welchen Maßnahmen in welchen Ländern?

    Wenn nein, warum nicht?

Sofern die Gesundheitssysteme der Entwicklungsländer Gegenstand von deutschen Entwicklungszusammenarbeits-Projekten sind, konzentrieren sich diese auf den Aufbau einer Basisversorgung, insbesondere für die ländliche oder die benachteiligte städtische Bevölkerung (Slums). Dies ist unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten vorrangig. In touristischen Ballungszentren sorgen i. d. R. die Pauschalreiseunternehmer für ausreichende Erstversorgung und reibungslose Rückführungsmöglichkeiten im Notfall. Der Gesundheitsdienst des Auswärtigen Amtes unterstützt durch seine Regionalärztinnen und -ärzte, die gesundheitliche Einrichtungen der Gastländer regelmäßig besuchen, örtliche Bemühungen zur Verbesserung der Notfallbetreuung und Notrettung. Der Gesundheitsdienst des Auswärtigen Amtes ist bei komplizierteren Heimschaffungen, Flugrettungen bzw. Rettungen in Not aus dem Ausland regelmäßig mit seiner Fachkunde und seinem Management Know-how über das Lagezentrum des Auswärtigen Amts oder direkt durch die im Ausland aktiven deutschen Firmen beteiligt.

VI. Nachhaltige Tourismusentwicklung

37. Gibt es tourismusorientierte Projekte, die von der Kommission für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (CSD) entwickelt worden sind, und wenn ja, welche?

Die CSD hat auf ihrer 7. Konferenz 1999 ein Arbeitsprogramm zum nachhaltigen Tourismus verabschiedet, die Überprüfung der daraus resultierenden Ergebnisse im Jahr 2002 anlässlich des Nachhaltigkeitsgipfels in Johannesburg beschlossen und u. a. das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) eingeladen, sich an der Entwicklung von internationalen Richtlinien für nachhaltigen Tourismus im Hinblick auf die biologische Vielfalt zu beteiligen.

Im Rahmen der CBD wurde ab 2000 mit der fachlichen und finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) ein internationaler Richtlinienentwurf über die biologische Vielfalt und Tourismusentwicklung erarbeitet. Dieser wurde im Herbst 2001 an die CSD weitergeleitet. Eine Reaktion der CSD auf den Richtlinienentwurf sowie die o. a. Überprüfung der Ergebnisse des Arbeitsprogramms stehen noch aus.

Der im Rahmen der CBD durch mehrere internationale Konsultationsrunden weiter entwickelte Richtlinienentwurf wurde von der 7. Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Februar 2004 verabschiedet.

38. Unterstützt die Bundesregierung tourismusorientierte Projekte in Entwicklungsländern mit nicht-demokratischen Staatsstrukturen?

    Wenn ja, welche Projekte in welchen Ländern werden mit welchen Zielen gefördert?

Die Bundesregierung unterstützt keine tourismusorientierten Projekte in Entwicklungsländern mit nicht-demokratischen Staatsstrukturen.

39. Trägt die Bundesregierung zur Annahme, Beachtung und Durchführung des „Global Code of Ethics for Tourism“ (Globaler Ethik-Kodex für den Tourismus) der World Tourism Organization bei?

    Wenn ja, wie?

    Wenn nein, warum nicht?

Ja, die Bundesregierung trägt zur Annahme, Beachtung und Durchführung des „Global Code of Ethics for Tourism“, der durch die Welttourismusorganisation beschlossen wurde, bei. Sie setzt sich im Dialog mit der deutschen Tourismuswirtschaft dafür ein, dass die darin enthaltenen Prinzipien für eine verantwortungsbewusste und nachhaltige Entwicklung des Tourismus beachtet werden.

40. Führt die Bundesregierung darüber hinaus Maßnahmen zur Sensibilisierung und Information über Ziele und Kriterien eines nachhaltigen Tourismus sowie zur Veränderung der Konsumgewohnheiten von Touristen durch oder kooperiert sie mit Nicht-Regierungsorganisationen oder Vertretern der lokalen Bevölkerung, die solche Maßnahmen durchführen?

    Wenn ja, welche Maßnahmen werden in welchen Ländern mit welchen Partnern durchgeführt?

    Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung unterstützt den seit 1995 vom Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V. (StfTE) jährlich durchgeführten internationalen Wettbewerb für sozialverantwortlichen Tourismus „TO DO“. Mit diesem Wettbewerb werden tourismusrelevante Projekte oder Maßnahmen ausgezeichnet, bei deren Planung und Realisierung die Einbeziehung unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse der ortsansässigen Bevölkerung durch Partizipation auf breiter Basis sichergestellt ist. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung den seit 1990 zweijährlich durchgeführten internationalen Filmwettbewerb für zukunftsfähigen Tourismus „TOURA D’OR“ und fördert die Herausgabe von themenspezifischen Publikationen zum nachhaltigen Tourismus, wie z. B. „Tourismus verstehen“, „Umwelt verstehen“, „Fremdes verstehen“ oder Magazine über Weltreligionen sowie über zahlreiche Zielländer aus der Schriftenreihe „Sympathie-Magazine“ des StfTE.

Sensibilisieren, über die Ziele und Kriterien eines nachhaltigen Tourismus informieren und Kooperation mit allen beteiligten Akteuren sind wesentliche konkrete Maßnahmen der Projektarbeit und entwicklungspolitischer Initiativen. Ein Beispiel ist das Projekt zur Erhaltung des Tai-Nationalparks. Ziel ist hier, ein Ökotourismuskonzept zu entwickeln, das z. B. Exkursionen für die Touristen bietet. Die Exkursionen klären über das komplexe Ökosystem Regenwald und seine Bewohner auf und sollen damit zu einem größeren Verständnis vonseiten der Besucher beitragen.

Zusätzlich werden Lodges mitten im Regenwald geschaffen, welche aufgrund ihrer einzigartigen Atmosphäre die Besucher zusätzlich für ihre Umgebung sensibilisieren. Ein ähnliches Konzept findet sich im Projekt Ökotourismus im

Manu-Nationalpark in Peru wieder. Auch hier entstehen Regenwaldlodges und Exkursionen für die Besucher. In Venezuela ist ein multifunktionales Umweltzentrum in El Pilar geplant. Dort soll ein botanischer Lehrgarten entstehen, um die Touristen mit der dort heimischen Flora vertraut zu machen.

Des Weiteren unterstützt die Bundesregierung die Information über die CBD-Richtlinien. In zahlreichen Workshops u. a. in Neu-Delhi, Indien, Santa Marta, Kolumbien, in Quebec, Kanada, anlässlich des Gipfels der WTO zum Internationalen Jahr des Ökotourismus 2002, wurden Regierungsvertreter und Vertreter lokaler und indigener Gemeinschaften über die Inhalte der Richtlinien informiert. Diese Workshops wurden in der Regel gemeinsam mit oder durch den Ö.T.E. (Ökologischer Tourismus in Europa) und mit lokalen NROs durchgeführt. In Panama wurde gemeinsam mit einer örtlichen NRO mit der Umsetzung der CBD-Richtlinien im autonom verwalteten Territorium der Kuna-Indianer begonnen mit dem Ziel, bei steigenden Touristenzahlen einen nachhaltigen Managementplan für die Meeresressourcen in Kuna Yala zu erarbeiten.

41. Hat die Bundesregierung im Tourismussektor durchgeführte Entwicklungsprojekte evaluiert, und wenn ja, welche und mit welchen Ergebnissen?

Reine Tourismusprogramme wurden im Rahmen des Zentralen Evaluierungsprogramms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den letzten Jahren nicht evaluiert.

Anknüpfungspunkte der Finanziellen Zusammenarbeit zur Förderung des Tourismus gibt es über die Förderung von Schutzgebieten und Biosphärenreservaten, bei denen Ökotourismus fallweise zur Absicherung der finanziellen Nachhaltigkeit und zur Verringerung des Nutzungsdrucks gefördert wird. Die KfW hat im Jahre 2001 die Ressourcenschutzvorhaben einer internen Querschnittsevaluierung unterzogen. Die Ergebnisse bestätigen, dass Ökotourismus ein wesentliches Element der Nachhaltigkeitsstrategie von Schutzgebieten sein kann, aber nicht überbewertet werden darf. In der Realität ist das touristische Potenzial häufig nicht hoch genug oder aufgrund der Standortfaktoren mit zu hohen Risiken behaftet (viele Schutzgebiete liegen in Krisen- und Konfliktgebieten, z. B. Tai-Nationalpark/Côte d'Ivoire).

In der Technischen Zusammenarbeit wurden in jüngster Vergangenheit fünf Vorhaben in Bulgarien, Côte d'Ivoire, Tansania, in den Palästinensischen Gebieten sowie in Zentralamerika mit explizitem Bezug zum Tourismussektor von der GTZ im Rahmen von Selbstevaluierungen (Projektfortschrittskontrollen – PFK) untersucht. In den Vorhaben mit direktem Bezug zum Ökotourismus in Tansania sowie Côte d'Ivoire wurden die o. g. Ergebnisse der KfW-Querschnittsevaluierung bestätigt.

In Bulgarien wurden im Vorhaben „Maßnahmen der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung" durch die Zusammenlegung von zwei Tourismusbüros, die Ausweitung des Angebotes, gemeinsame Marketingmaßnahmen von Tourismusunternehmen und die Einführung von statistischen Erhebungen Erfolge erzielt. In der Côte d'Ivoire konnten ebenfalls Erfolge auf dem Gebiet des Managements der Schutzzone des Tai-Nationalparks erzielt werden. Die Erfahrungen des Projektes zeigen, dass durch die Partizipation der vor allem in den Randzonen des Schutzgebietes lebenden Bevölkerung ein verbesserter Schutz der natürlichen Ressourcen erzielt werden kann. Bei den Projektüberprüfungen des in Tansania durchgeführten Vorhabens „Wildbewirtschaftung Selous" wurde der Jagdtourismus als wesentliche Einnahmequelle für das Erhaltungsprogramm anerkannt. Die Nachhaltigkeit wird nicht infrage gestellt. Jagdtou-

rismus ist eine wichtige Einnahmequelle (sowohl für die im oder in Randgebieten des Schutzgebietes lebende Bevölkerung als auch für Kommunen). Die Einnahmen werden vor allem zum Schutz der bejagten Populationen und der Schutzgebiete verwendet (vgl. auch die Ausführungen in der Antwort zu Frage 56, 2. Absatz).

Im Falle eines in Mittelamerika durchgeführten Entwicklungszusammenarbeits-Tourismusprojektes, das mit dem privaten und öffentlichen Sektor zusammenarbeitet, wurde im Rahmen einer Evaluierung nachgewiesen, dass Tourismus Integrationsprozesse in Gang setzen und zwischenstaatliche Differenzen abbauen kann.

VII. Ethische, soziale und kulturelle Nachhaltigkeit

42. Kann nach Ansicht der Bundesregierung die Bereitstellung von Informations- und Aufklärungsmaterialien über die Besonderheiten der jeweiligen Urlaubsländer an die deutschen Reisenden maßgeblich zu einer besseren kulturellen Verständigung im Zielland und darüber hinaus langfristig zu mehr gegenseitigem Verständnis und Toleranz verschiedener Kulturkreise beitragen?

Ja. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit wird dem interkulturellen Lernen eine hohe Priorität eingeräumt. Deshalb unterstützt die Bundesregierung Maßnahmen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, die darauf zielen, die deutsche Bevölkerung für einen offenen Umgang mit den Menschen aus anderen Ländern sowie die Anerkennung fremder Kulturen und deren Werte zu gewinnen.

43. Welche Maßnahmen werden nach Kenntnis der Bundesregierung von wem zur Aufklärung der Urlauber über die kulturellen Eigenheiten ihrer Zielländer ergriffen, und beurteilt die Bundesregierung diese Maßnahmen als ausreichend?

Die Bundesregierung hat sich an der sozio-kulturellen Diskussion im Zusammenhang mit dem Entwicklungsländer-Tourismus schon sehr früh beteiligt. So begann bereits 1974 die Zusammenarbeit mit dem Studienkreis für Tourismus e. V., einer 1961 gegründeten gemeinnützigen Einrichtung zur Beobachtung, Erforschung und Beeinflussung des Bereichs Freizeit und Reisen. Seit 1994 wird diese Zusammenarbeit mit dem Studienkreis für Tourismus und Entwicklung (StfTE) fortgeführt. Insbesondere in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit schlossen sich weitere gesellschaftspolitische Akteure (Kirchen, Gewerkschaften, Reisewirtschaft, Universitäten, Aktionsgruppen u. a.) an, um mit geeigneten Maßnahmen negative Auswirkungen auf die Länder und Menschen im Süden zu verhindern. Mit gezielten Maßnahmen, wie z. B.

- die Herstellung von geeigneten Publikationen (Touristenkompass für Reisen in die Dritte Welt, Sympathiemagazine, Aufkleber u. a.),
- die Veröffentlichung von Studien („Tourismus, Prostitution und Entwicklung“, „Tourismus in Entwicklungsländer“ u. a.),
- die Herstellung von audio-visuellen Medien (Flugbegleitfilme, Videodokumentationen, Hörfunkkassetten, Beteiligung an der Produktion eines Fernsehkrimis in der Reihe Tatort u. a.),
- die Förderung von Fachseminaren und Herstellung von Unterrichtsmaterialien für die schulische und außerschulische Bildung,

– die Förderung von Schulungen von Reisebüromitarbeiterinnen, Reiseleiterinnen und Reiseleitern in Entwicklungsländer, die deutsche Urlauber betreuen,

konnten entwicklungspolitische Multiplikatoren und eine breite Öffentlichkeit erreicht werden.

Die Bundesregierung wird weiterhin die entwicklungspolitischen Aufklärungsmaßnahmen fortführen.

44. Finden Treffen zwischen Vertretern der Bundesregierung und denjenigen Verlagen statt, die Reiseführer über Entwicklungsländer herausgeben, um auf die kulturelle Berichterstattung einzuwirken und die neuesten Erkenntnisse des AA darin einfließen zu lassen?

Über die Zusammenarbeit mit Verlagen im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit hinaus (s. Antwort auf die Frage 43), ist die Bundesregierung auf den großen deutschen Tourismusmessen vertreten und wird dort regelmäßig von Autoren und Verlagen konsultiert. Die Reisehinweise des Auswärtigen Amtes (s. Antwort auf die Frage 4) enthalten auch Auskünfte zum kulturellen Hintergrund der Zielländer.

45. Unterstützt die Bundesregierung Maßnahmen zur qualifizierten Weiterbildung von deutschen Reiseleitern, die Reisegruppen in Entwicklungsländern begleiten?

Wenn ja, wie?

Wenn nein, warum nicht?

Ja, siehe auch Ausführungen in der Antwort zu Frage 43.

Die Bundesregierung fördert im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (Public Private Partnership – PPP) Fortbildungsmaßnahmen für deutsche und einheimische Reiseleiterinnen und Reiseleiter, die deutsche Urlauber in Entwicklungsländern betreuen. Hierbei steht die Durchführung interkultureller Motivationsseminare im Mittelpunkt, mit denen Reiseleiterinnen und Reiseleiter befähigt werden, offen zu sein für andere Kulturen und interkulturelle sowie entwicklungspolitische Zusammenhänge, diese zu begreifen und sie in überzeugender Form den Urlaubern zu vermitteln.

Bislang wurden insgesamt 1 700 Reiseleiterinnen und Reiseleiter fortgebildet.

46. Welche Rolle spielt die Achtung der Menschenrechte in von der Bundesregierung unterstützten Maßnahmen der Tourismusförderung in Entwicklungsländern?

Die Förderung und Entwicklung des Tourismus als Beitrag zu wirtschaftlicher Entwicklung, internationalem Verständnis, Frieden, Wohlstand und Respekt für Freiheit und Menschenrechte für alle ohne Unterschiede nach Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion gehört zu den grundlegenden Zielen der WTO und ist im Artikel 3 des Statuts der WTO verankert. Die Bundesrepublik Deutschland hat als Mitglied der WTO das Statut anerkannt und trägt diesem Ziel und damit der Achtung der Menschenrechte bei allen Maßnahmen der Tourismusförderung in Entwicklungsländern Rechnung. Dies gilt auch für das wichtige Nebenziel der Förderung von Frauenrechten.

Regelmäßig werden die notwendigen politischen Rahmenbedingungen für Entwicklung auch im Politikdialog mit Regierungsvertretern von Staaten angesprochen, in denen Defizite bei der Verwirklichung der Menschenrechte oder dem Aufbau demokratischen Strukturen bestehen.

47. Welche Entwicklungsländer sind von Sex- und Kindersextourismus besonders betroffen?

Empirisch gesicherte Daten zur Beantwortung dieser Frage liegen der Bundesregierung nicht vor.

Nach Informationen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF sowie von Missio sind vom Sextourismus folgende Länder betroffen:

– Asien: u. a. Indien (mit ca. 400 000 bis 500 000 Kindern), Kambodscha (mit ca. 80 000 bis 100 000 Prostituierten, davon ca. 35 % Kinder und Jugendliche), die Philippinen (von 100 000 weiblichen Prostituierten sind ca. 60 000 Kinder), Sri Lanka (nach Regierungsangaben ca. 30 000 betroffene Kinder), Thailand (für das der Tourismus eine wichtige Deviseneinnahmequelle ist; 70 % der Touristen sind Männer und von diesen kommen nach Studien 50 bis 70 % wegen sexueller Kontakte), Vietnam;
– Afrika: u. a. Kenia, Madagaskar (30 bis 50 % aller Prostituierten in den beiden wichtigsten Städten, Nosy Be und Tamatave, sind unter 18 Jahren alt), Malawi, Mauritius und Südafrika;
– Lateinamerika und Karibik: u. a. Brasilien, die Dominikanische Republik, Kuba, sowie kleinere Karibikinseln z. B. der Kleinen Antillen, Mexiko, verschiedene Länder Zentralamerikas wie Costa Rica und Paraguay.

48. Welche Maßnahmen wurden und werden von der Bundesregierung ergriffen, um Sextourismus in Entwicklungsländern zu verhindern?

Die Bundesregierung kann hinsichtlich des „Sextourismus“ nur zum Bereich Kindersextourismus und Zwangsprostitution Erwachsener Stellung nehmen. Sie sieht keine Möglichkeit, gegen den Kauf freiwilliger sexueller Dienstleistungen Erwachsener im Ausland vorzugehen, da dies auch in Deutschland legal ist.

Zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der Zwangsprostitution wird Bezug genommen auf die Antwort der Bundesregierung vom 20. November 2003 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rainer Funke, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP „Menschenhandel in Deutschland“ (Drucksache 15/2065).

Der Aktionsplan der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung bündelt die einzelnen Maßnahmen der Bundesregierung in einem ressortübergreifenden Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch, Kinderpornographie, Kinderhandel und Kinderprostitution (auch im Internet). Er enthält auch einen gesonderten Abschnitt zu Maßnahmen in der Tourismusbranche. Es handelt sich um folgende Maßnahmen:

– Im Rahmen eines Kooperationsprojektes der Bundesregierung mit „terre des hommes“ und der Europäischen Kommission wurde ein Informationsfilm zum Kampf gegen Kindersextourismus erstellt, der durch verschiedene Luftfahrtgesellschaften als Inflight-Spot auf Interkontinentalflügen gezeigt

wird. Eine deutsche Version des Inflight-Spots wird von 17 öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehanstalten ausgestrahlt.

– In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung auch die Herstellung der deutschen Version der Internetseite von „child-hood.com“, die das Kinderhilfswerk terre des hommes entwickelt hat, gefördert. „child-hood.com“ ist ein Internetangebot mit konkreten Informationen, was Reisende selbst zum Schutz von Kindern tun können, wenn sie in ihrem Urlaub Hinweisen auf Kindesmissbrauch begegnen.

– Um die mit der Internetplattform geschaffenen Möglichkeiten noch zielgerichteter zu nutzen, wurde die Aktion „Gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern – weltweit“, gestartet. City-Light-Poster wurden in zahlreichen deutschen Städten an verkehrs- und publikumsreichen Plätzen wie U-Bahnhöfen und Flughäfen in der Weihnachtswoche 2002 geschaltet.

– Im Januar 2001 hat der Deutsche Reisebüro und Reiseveranstalter Verband e. V. (DRV) gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder gegen sexuelle Ausbeutung (ECPAT Deutschland e. V.) einen Verhaltenskodex für seine Mitglieder zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung vereinbart. In diesem Zusammenhang haben ECPAT Deutschland, der DRV und die Geschäftsstelle der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung im November 2001 das Faltblatt „Kleine Seelen – Große Gefahr“ veröffentlicht, das im Zielland an deutsche Urlauber verteilt wird.

– Die Bundesregierung unterstützt seit April 2003 gemeinsam mit der Europäischen Kommission den von terre des hommes produzierten Spot gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern im Tourismus, „Words“. Der Spot soll vor allem junge Erwachsene für die Problematik der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Tourismus sensibilisieren. Der Spot wird auch als Kinoversion hergestellt.

– Im Rahmen der Entwicklungspolitischen Bildungsarbeit konnte die Bundesregierung 1997 einen Fernseh-Krimi in der ARD-Reihe „Tatort“ für ein Millionenpublikum initiieren. Der Tatort „Manila“ wurde inzwischen mehrfach im deutschen Fernsehen wiederholt. Eine hierzu hergestellte Fernseh-Dokumentation steht ebenso wie der Tatort-Krimi „Manila“ und das vom Rowohlt-Verlag herausgegebene Buch als Medienpaket „Entführt, verkauft, missbraucht – Tourismus und Kinderprostitution“ (auch CD-ROM-Version) in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit zur Verfügung.

– Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen eines Vorhabens der Technischen Zusammenarbeit „Konventionsvorhaben Schutz vor und Rehabilitierung von Opfern sexueller Ausbeutung Minderjähriger“ Maßnahmen in ausgesuchten Entwicklungsländern und unterstützt die Zusammenarbeit der in diesem Bereich engagierten Institutionen und Organisationen.

49. Wie viele Deutsche wurden in den letzten 10 Jahren aufgrund im Ausland begangener Sexualstraftaten nach § 5 Ziffer 8 des Strafgesetzbuches (StGB) angeklagt (nach Ländern aufgeschlüsselt), und wie gingen die Prozesse aus?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine statistischen Angaben vor. Die von Deutschen im Ausland begangenen und in Deutschland verfolgten Sexualstraftaten werden weder in der Polizeilichen Kriminalstatistik noch in der Strafverfolgungsstatistik gesondert ausgewiesen. Erkenntnisse liegen allein aufgrund einer Studie der Kriminologischen Zentralstelle („Sexueller Missbrauch von Kindern“, Dokumentation der Nationalen Nachfolgekonferenz „Kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern“ vom 14./15. März 2001 in Berlin, Hrsg.

Deutsches Jugendinstitut) vor. Ausgewertet wurden hierbei die anlässlich einer Umfrage durch die Landesjustizverwaltungen übermittelten Informationen über Ermittlungsverfahren wegen sexuellen Missbrauchs ausländischer Kinder durch Deutsche im Ausland, die in den Jahren von 1993 bis 1998 in Deutschland eingeleitet worden sind. Folgende Erkenntnisse lassen sich daraus festhalten:

Insgesamt wurden in dem Untersuchungszeitraum mindestens 51 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Als Tatortländer bekannt sind Thailand (15 Verfahren), Tschechien (7 Verfahren), Philippinen (5 Verfahren), Sri Lanka (5 Verfahren), Brasilien (4 Verfahren), Bulgarien, Kambodscha, Kanada, Kenia, Kuba, Madagaskar, Mexiko, Nepal, Nicaragua, Paraguay, Rumänien und Südafrika (mit jeweils ein oder zwei Verfahren).

Bis Januar 1998 erfolgten 13 Verurteilungen (22 %) und 15 Einstellungen (25 %) (zumeist wegen fehlenden Tatverdachts bzw. Verfahrenshindernisses gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung). Das durchschnittliche Strafmaß betrug 2 Jahre und 4 Monate.

50. Welche Kooperationen und Abkommen bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Regierungen von Entwicklungsländern zur Strafverfolgung von Sextouristen und Pädophilen?

Deutschland unterstützt andere Staaten bei der Strafverfolgung von Sextouristen und Pädophilen durch die Leistung von Rechtshilfe (z. B. die Übermittlung von Unterlagen und Informationen oder die Auslieferung von Straftätern). Diese Rechtshilfe ist für Deutschland sowohl auf der Grundlage bi- und multilateraler Abkommen (vertragliche Rechtshilfe) als auch ohne eine vertragliche Bindung (vertraglose Rechtshilfe) möglich.

Im vertraglosen Bereich wird die Rechtshilfe auf der Grundlage des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) geleistet. Vertragliche Rechtshilfe leistet Deutschland vor allem aufgrund des im Rahmen des Europarates geschlossenen Europäischen Auslieferungsübereinkommens von 1957 sowie des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens von 1959. Weiter hat Deutschland eine Reihe von bilateralen Verträgen zur Rechtshilfe und Auslieferung abgeschlossen.

Sowohl nach dem IRG wie auch nach den genannten Übereinkommen und Verträgen sind die Leistung von Rechtshilfe und die Auslieferung bei den in Rede stehenden Sexualdelikten ohne weiteres möglich. In aller Regel erfassen solche Abkommen sämtliche Bereiche der Kriminalität, also nicht nur, aber auch Sexualdelikte gegen Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Zur Verhandlung und zum Abschluss von Verträgen, deren Anwendungsbereich von vornherein auf bestimmte Deliktsbereiche beschränkt ist, sind andere Staaten in der Regel nicht bereit. Auch aus Sicht der Bundesregierung ist der Abschluss von allgemeinen Verträgen, mit denen der Rechtshilfe- und Auslieferungsverkehr insgesamt verbessert und beschleunigt wird, vorzuziehen.

Ob und inwieweit andere Staaten willens und imstande sind, Deutschland im vertraglosen Verkehr Rechtshilfe zu leisten, richtet sich jeweils nach deren Recht und Praxis; Einfluss hierauf hat die Bundesregierung grundsätzlich nicht.

Darüber hinaus hat Deutschland Anstrengungen unternommen, mit einigen Zielländern, namentlich Thailand und die Philippinen, gezielt gegen den Sextourismus vorzugehen, und zu diesem Zweck Vereinbarungen unterhalb der Schwelle eines förmlichen Vertrages über einen vereinfachten oder beschleunigten Geschäftsweg in diesem Bereich getroffen.

51. Unterstützt die Bundesregierung Aufklärungskampagnen zur Ächtung von Sex- und Kindersextourismus in der Tourismuswirtschaft, bei den Reisenden und in den Zielländern?

    Wenn ja, welche und mit welchem Erfolg?

    Wenn nein, warum nicht?

Zu den von der Bundesregierung ergriffenen Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen in der Tourismuswirtschaft wird auf die Ausführungen in der Antwort zur Frage 48 verwiesen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass diese Maßnahmen für die Problematik sensibilisieren und präventiv auch mit Blick auf die Abschreckung möglicher Täter wirksam sind.

52. Durch welche Maßnahmen verhindert die Bundesregierung das Publizieren von Sex- und Kindersextourismus-Angeboten auch durch das Internet?

Dem Publizieren von Angeboten für Sex- und Kindersextourismus kann über die Ordnungswidrigkeitentatbestände der §§ 119, 120 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) begegnet werden. Nach § 120 Abs. 1 Nr. 2 OWiG kann die Werbung für derartige Angebote mit einer Geldbuße geahndet werden, wenn – wie dies regelmäßig der Fall sein dürfte – mit der Gelegenheit für entgeltliche sexuelle Handlungen geworben wird. Zusätzlich greift § 119 Abs. 1 Nr. 1 und 2 OWiG beim Anbieten oder Ankündigen der Gelegenheit zu unentgeltlichen sexuellen Handlungen ein, wenn dies öffentlich in einer Weise, die geeignet ist, andere zu belästigen, oder in grob anstößiger Weise durch Verbreitung von Schriften oder Ähnlichem geschieht. Erfasst wird von diesen Vorschriften seit 1997 u. a. auch das öffentliche Zugänglichmachen von Datenspeichern, worunter auch das öffentliche Bereithalten des gedanklichen Inhalts im Internet genügt (vgl. Bundestagsdrucksache 13/7385, S. 37).

Das Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und zur Änderung anderer Vorschriften, das demnächst in Kraft tritt*, ergänzt die Strafvorschrift des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Danach ist strafbar, wer ein Kind für Taten des sexuellen Missbrauchs anbietet oder nachzuweisen verspricht oder wer sich mit einem anderen zu einer solchen Tat verabredet (neuer § 176 Abs. 5 des Strafgesetzbuches – StGB –). Wer Kindersextourismusangebote – auch im Internet – publiziert, kann sich nach diesen Vorschriften strafbar machen. In Betracht kommen kann u. U. auch Strafbarkeit wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten nach § 111 StGB.

Zur Bekämpfung der Kriminalität im Internet wurde auf Beschluss der Innenministerkonferenz die „Zentralstelle für anlassunabhängige Recherche in Datennetzen (ZaRD)“ im Bundeskriminalamt eingerichtet. Die anlassunabhängige Recherche in Datennetzen, wie sie von der ZaRD betrieben wird, umfasst die ständige, systematische, deliktübergreifende, nicht extern initiierte Suche nach strafbaren Inhalten im Internet und Online-Diensten. Die bei der ZaRD eingesetzten Beamten „bestreifen“ alle Dienste des Internet und sind dabei nicht nur in der Regeldienstzeit im Internet präsent, sondern arbeiten im Sinne eines Schichtdienstes auch nachts und an Sonn- und Feiertagen. Dies schließt die Weiterverfolgung von dabei festgestellten, strafrechtlich relevanten Sachverhalten mit Beweissicherung bis zur Feststellung der Verantwortlichen und/oder der örtlichen Zuständigkeit von Polizei und Justiz mit ein. Werden entsprechende strafbare Sex- und Kindersextourismusangebote festgestellt, werden diese Hinweise an die zuständigen Dienststellen im In- und Ausland weitergeleitet.

---

* Das Gesetz ist am 1. April 2004 in Kraft getreten.

Darüber hinaus wurde mit dem in der Antwort auf Frage 48 erwähnten Verhaltenskodex der Reisebranche ein wirksames Instrument zur Prävention und Bekämpfung des Kindesmissbrauchs durch Touristen geschaffen. Die Reiseunternehmen verpflichten sich in entsprechenden Vereinbarungen unter anderem dazu, mit ihren Vertragspartnern in den Reisezielländern Vorkehrungen zu treffen, um Kinder vor sexueller Ausbeutung zu schützen.

53. Sind der Bundesregierung von der Tourismusentwicklung verursachte Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen lokaler Bevölkerungsgruppen bekannt?

    Wenn ja, welche und wie versucht die Bundesregierung derartige Maßnahmen zu unterbinden?

Aktuelle Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen zur Beförderung der Tourismusentwicklung sind der Bundesregierung nicht bekannt. Es ist allerdings in der Vergangenheit vorgekommen, dass durch Baumaßnahmen und durch Immobilienspekulationen Bevölkerungsgruppen aus zumeist küstennahen Wohnorten verdrängt und nicht immer adäquat entschädigt worden sind.

54. Auf welche Weise trägt die Bundesregierung zur Einhaltung sozialer Mindeststandards für Beschäftigte im Tourismus in Entwicklungsländern bei?

Die Bundesregierung arbeitet eng mit der Internationalen Arbeitsorganisation, der für die Kernarbeitsnormen federführenden Institution, zusammen. Dabei wird die Thematik sozialer Mindeststandards grundlegend aufgegriffen, das Thema Tourismus aber nur indirekt berührt. Soziale Mindeststandards sind ein übergeordnetes Thema, das u. a. im Rahmen des seitens der Bundesregierung finanzierten TZ-Vorhabens „Tourismus und nachhaltige Entwicklung“ behandelt wird, um die künftige Bedeutung in diesem Zusammenhang festzustellen.

VIII. Ökologische Nachhaltigkeit

55. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussagen, dass eine gezielte Tourismusplanung dazu beitragen kann,

    – empfindliche Ökosysteme in Entwicklungsländern zu schützen,

    – traditionelle, naturverträgliche Wirtschaftsformen zu unterstützen,

    – die oft reichen und einzigartigen Naturpotenziale der Entwicklungsländer zu erhalten?

Die Bundesregierung beurteilt diese Aussagen positiv.

56. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch Tourismusprojekte eine langfristige finanzielle Absicherung von Schutzgebieten verbessert und zum Ausgleich von wirtschaftlichen Schäden der Anrainerbevölkerung im Ackerbau und durch Viehverlust beigetragen werden kann?

    Wenn ja, in welchen Projekten wird dieser Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit konkret verfolgt?

Diese Auffassung wird von der Bundesregierung grundsätzlich geteilt. Die Bundesregierung hat bereits seit 1995 Stellungnahmen und Handlungsempfehlungen dazu erarbeitet, u. a. „Ökotourismus als Instrument des Naturschutzes“,

BMZ 1995, Forschungsberichte, Band 116 sowie „Tourismus in der Technischen Zusammenarbeit. Ein Leitfaden zu Konzeption, Planung und Durchführung von projektbegleitenden Maßnahmen in der ländlichen Entwicklung und im Naturschutz", Eschborn 1998 (Herausgeber GTZ).

Einnahmen aus dem Tourismus können einen Beitrag zur finanziellen Absicherung von Schutzgebieten leisten und Einkommen u. a. in ländlichen Gebieten generieren bzw. Einkommensrückgänge aus landwirtschaftlichen Aktivitäten ausgleichen helfen. Dieser Ansatz wird in relevanten Projekten der Technischen Zusammenarbeit verfolgt. Unter Bezug auf Anlage 1 sind Projekte in Benin, Kenia, Südafrika, Tansania sowie ehemals Ruanda und Uganda (Projekte abgeschlossen) zu nennen. Durch Jagd- und Fototourismus werden lukrative Einkommensquellen geschaffen, die in die Bestandpflege der Viehwirtschaft investiert werden. Einzelne Tierarten wie Elefanten, Wild, Großkatzen und Gorillas steigen in ihrem Wert und ihrer Bedeutung für die lokale Bevölkerung. Den Regierungen der Entwicklungsländer wird ein Anreiz geboten, Wilderei und illegale Abschüsse zu vermindern und so zum Artenschutz beizutragen. Im Selous Game Reserve in Tansania z. B. wurden mit der lokalen Wildschutzbehörde neue Verteilungsmechanismen ausgehandelt und umgesetzt. Die Einnahmen aus Wildgebühren wurden bis 1992 im Verhältnis 1 : 3 an den Tanzania Wildlife Protection Fund und das Finanzministerium abgeführt. Inzwischen verbleiben 50 % der Wildgebühren direkt im Schutzgebiet zur Finanzierung von Schutzzielen. In Kenia, als Beispiel für ein Projekt zum Ausgleich von wirtschaftlichen Schäden der Anrainerbevölkerung im Ackerbau, finden Projektaktivitäten in den Bereichen Pflanzenbau, Viehwirtschaft und Betriebssystementwicklung statt. Es werden Maßnahmen zur Förderung der dörflichen Gemeinschaft und Selbsthilfegruppen sowie Umweltbildung für eine nachhaltige Land- und Waldbewirtschaftung durchgeführt.

57. Durch welche Maßnahmen und welche konkreten Projekte mit Tourismusbezug trägt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bei Schutzgebieten zur Vermeidung von Konflikten zwischen Schutzinteressen und Nutzungsinteressen der Anrainer bei?

    Wie gedenkt die Bundesregierung diesen Aspekt weiter zu berücksichtigen?

Im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind, wie in der Anlage 1 dargestellt, Maßnahmen in Benin, der Côte d'Ivoire und Uganda (Projekt abgeschlossen) zu nennen. In Côte d'Ivoire z. B. ist das Ziel des Projektes im Tai-Nationalpark, dass die Anrainerbevölkerung, nationale Strukturen und die internationale Gebergemeinschaft aktiv zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Parkes und seiner Randzonen beitragen. Das Ökotourismuskonzept beinhaltet Lodges im Regenwald, Exkursionen und je nach Saison die Beobachtung habituierter Schimpansen. Konflikte traten auf, weil die lokale Bevölkerung den Park nicht betreten durfte. Mittlerweile darf die lokale Bevölkerung (Wissenschaftler etc.) eingeschränkt den Park besuchen. Nach Ausbruch des Bürgerkrieges im Jahre 2002 wurden die Forschungsstationen geplündert. Um in laufenden und in zukünftigen Projekten den Aspekt des Konfliktmanagements zu berücksichtigen, ist auf Bewertungs- und Beurteilungskonflikte, Verteilungskonflikte, Informationskonflikte und Machtkonflikte zu achten. Um Konflikte zu entschärfen, müssen zunächst Problemdiagnosen in Form von Befragungen erstellt werden. Es muss eine Atmosphäre geschaffen werden, in der Dialog und Meinungsäußerungen zwischen den beteiligten Konfliktparteien möglich sind. Man versucht, andere Blickwinkel anzubieten und so verhärtete Sichtweisen aufzulösen. Solche Dialogmethoden bewirken, dass Vertreter der lokalen Bevölkerung häufiger zu Wort kommen und intensiver nach Möglichkeiten eines Interessenausgleiches suchen.

58. Unterstützt die Bundesregierung Maßnahmen für eine gezielte Förderung von umwelt- und sozialverträglichen Tourismusangeboten?

    Wenn ja, welche?

    Wenn nein, warum nicht?

Ja. Als Beispiele sind marktorientierte Beiträge und größere Forumsveranstaltungen zu nennen, die auf Messen wie der jährlich stattfindenden ITB (Internationale Tourismusbörse, Berlin) oder dem „Reisepavillon“ in Hannover stattfinden und die u. a. vom BMZ gefördert werden. Ziel solcher Aktivitäten ist es, Optionen des alternativen Reisens aufzuzeigen. Es werden dabei entwicklungspolitisch und für die Förderung nachhaltiger Tourismusformen relevante Themen (Tourismus als Teil einer nachhaltigen Entwicklung; der Tourismus in der internationalen Zusammenarbeit; neue Reisemärkte; Vermarktungsstrategien für umweltfreundlichen Tourismus; Tourismus unter Einbezug der lokalen Bevölkerung, des Naturschutzes und der kulturellen Begegnung usw.) einem Fachpublikum sowie der interessierten Öffentlichkeit in Form von Workshops und Vorträgen präsentiert. Speziell für Tourismusunternehmen und Entwicklungsprojekte werden Aus- und Fortbildungsveranstaltungen z. B. über Marketingstrategien angeboten. Solche Veranstaltungen bieten damit den Entwicklungsländern eine hervorragende Chance, am internationalen Dialog teilzunehmen und ihre Angebote zu präsentieren.

59. Wie versucht die Bundesregierung die Ziele der „Charta on Sustainable Tourism“ (Charta für nachhaltigen Tourismus) von Lanzarote in ihrer Entwicklungszusammenarbeit auf diesem Gebiet zu berücksichtigen?

Die Charta für nachhaltigen Tourismus ist nur eins von vielen Übereinkommen, die sich für die Umsetzung von nachhaltiger Tourismusentwicklung einsetzen. Sowohl im multilateralen Politikdialog, als auch in zahlreichen Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit setzt sich das BMZ für die Beachtung solcher Ziele ein. Ansatzpunkte dafür bilden die Unterstützung von Kooperationsländern, internationalen Organisationen, Initiativen zum Internationalen Jahr des Ökotourismus und tourismusbezogene Maßnahmen zur Umsetzung der Biodiversitätskonvention. So führt z. B. die GTZ im Auftrage des BMZ das Projekt „Umsetzung der Biodiversitätskonvention“ durch, welches auch im Bereich Tourismus Maßnahmen unterstützt, die den Nachhaltigkeitskriterien der Lanzarote-Charta entsprechen. Als Beispiel sei ein Projekt in Ecuador zur Förderung von indigenem Schutzgebietsmanagement genannt.

Weiteren Handlungsbedarf auf internationaler Ebene sieht die Bundesregierung in der Verbesserung der internationalen Kooperation zur Vermeidung umweltschädigender oder ökologisch unverträglicher Tourismusformen, beim Einsatz von Marktmechanismen (z. B. Schaffung von ökonomischen Anreizen) zur umweltfreundlichen Gestaltung von Tourismus und bei der Erarbeitung von internationalen Richtlinien zum nachhaltigen Tourismus. Sie unterstützt auch damit Forderungen der Charta für nachhaltigen Tourismus und macht sich diese zu Eigen.

Anlage 1

TZ-Projekte mit tourismusrelevanten Aktivitäten

Nr.	LAND: Projektbezeichnung	Projektstandort	Spezifische Tourismusaktivitäten, Anmerkungen
1	ALBANIEN – EUREGIO Ohrid- und Prespa-Seen: Grenzüberschreitende Regionalentwicklung im Gebiet der Prespa-Seen und des Ohrid-Sees	Ohrid- und Prespa-Seen	Grenzüberschreitendes Projekt, siehe ÜBERREGIONAL und unter GRIECHENLAND und MAZEDONIEN.
2	ALBANIEN – Förderung der Privatwirtschaft in Korca/Pogradec; Regierungsberatung Tourismusstrategie	Tirana, Korca, Pogradec	Beratung touristischer Unternehmen, Verbandsentwicklung, Regierungsberatung, Messe ITB.
3	ÄTHIOPIEN - Integrierte Waldbewirtschaftung Adaba- Dodola (Integrated Forest Management Project)	Adaba Dodola	Entwicklung eines Konzeptes zur Erhaltung der natürlichen Wälder der Oromiya Region durch die im Wald lebende Bevölkerung in Partnerschaft mit den verantwortlichen Behörden. Identifizierung alternativer Einkommensquellen für die waldbewohnende Bevölkerung (z.B. Ökotourismus).
4	ÄTHIOPIEN – Landnutzungsplanung und Ressourcenmanagement in der Oromiya-Region (LUPO)	Ambo-Region	Ziel ist es, über partizipative Landnutzungsplanung mit Gemeinden zu einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen zu gelangen.
5	ÄTHIOPIEN - Kommunaler Ökotourismus am Wenchi Kratersee	Ambo-Region	Entwicklung eines Konzeptes zur Erhaltung der natürlichen Wälder der Oromiya-Region durch die im Wald lebende Bevölkerung in Partnerschaft mit den verantwortlichen Behörden. Identifizierung alternativer Einkommensquellen für die waldbewohnende Bevölkerung (z.B. Ökotourismus).
6	BENIN – Kooperationsvorhaben Parkmanagement Pendjari		
7	BOLIVIEN – Programm PDR Ländliche Entwicklung in den Trockengebieten des Südens		Erarbeitung des Tourismus-Masterplans Chaco und Nord-Potosí, Produktentwicklung („Ruta del Ché", Zinn-Route etc.).
8	BOLIVIEN - KV - Management der Naturschutzgebiete und ihrer Randzonen (SNAP)		Beratung der Entwicklung des Systems der Schutzgebiete in Bolivien, insbesondere Einkommensalternativen für die Bevölkerung in Schutzgebieten und ihren Pufferzonen und Integration ihres Managements in den lokalen und regionalen Kontext. Entwicklung eines ökotouristischen, kommunalen Dienstleistungsunternehmens in einem Nationalpark (Sajama) der Hochanden (wird seine Dienste ab Ende 2002 anbieten).
9	BOSNIEN UND HERZEGOWINA - Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	Sarajewo	Studie zu Potenzialen, Messeförderung ITB.
10	BRASILIEN - KV- Integrierte Naturwaldbewirtschaftung Promanejo	Promanejo	
11	BRASILIEN – Programm: Nachhaltige Lokale Entwicklung NLE		
12	BRASILIEN – NLE: Förderung von Kleinbauern- und Fischerfamilien in Ceara	Cerea	Ziel: Verbesserung der Lebensbedingen von Kleinbauernfamilien in Ceara auf der Grundlage ihres Selbsthilfepotentials bei möglichst geringer staatlicher Einwirkung;. Projekt abgeschlossen.
13	BRASILIEN – NLE: Prorenda: Förderung von Kleinbauern in Minas Gerais	Minas Gerais	
14	BRASILIEN – Programm PPG7: Schutz und Bewirtschaftung der Mata Atlantica / MG / Projeto Doces Matas	Mata Atlantica	

Nr.	LAND: Projektbezeichnung	Projektstandort	Spezifische Tourismusaktivitäten, Anmerkungen
15	BULGARIEN – Programm Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung: Teil-Projekt Tourismusförderung	Sofia	Tourismusinformations- und Reservierungssystem, Regierungsberatung, Produktentwicklung in Regionen, Weinstraße.
16	CHINA – Ressourcenschutz in Naturschutzgebieten der Provinz Sichuan	Sichuan	
17	COSTA RICA - Nachhaltiges Management der Natürlichen Ressourcen im Gebiet ACOSA	Peninsula Osa Golfito, Pto. Jimenez, Drake	Schutz und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisbefriedigung der lokalen Bevölkerung, u.a. Tourismus als Einkommens- und Beschäftigungsförderung.
18	DOMINIKANISCHE REPUBLIK – Programm Schutz und Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen		
19	ECUADOR – Programm NAMARES Nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen		Ausbildungs- und Motivationsmaßnahmen für die Landwirte in der Provinz Santiago, zu Produktionstechniken, die eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen gewährleisten.
20	ECUADOR – NAMARES: Management von Wassereinzugsgebieten (PROMACH)	Ambato	Sicherung der nachhaltigen Nutzung produktiver Ressourcen im Wassereinzugsgebiet des Río Ambato. Aktivitäten im Bereich Ökotourismus bestehen zur Zeit in zwei indigenen Gemeinden, die in der Nähe des nicht aktiven, aber mit 6310 m.ü.N.N. höchsten Vulkan Ecuadors, des Chimborazo liegen.
21	ECUADOR – NAMARES: Tropenwaldschutz Gran Sumaco	Tena	Schaffung eines Schutzsystems für den Nationalpark Sumaco Napo Galeras und Einführung einer umweltverträglichen Land- und Ressourcennutzung im Biosphärenreservat Sumaco. Tourismus und Freiwilligendienst in indigenen Gemeinden. Gemeindebasierter Tourismus als alternative Einkommensquelle im Einzugsbereich des Nationalparks.
22	CÔTE D'IVOIRE - Erhalt des Tai-Nationalparks	Tai-Nationalpark	Ziel: Anrainerbevölkerung, nationale Strukturen und internationale Gebergemeinschaft tragen aktiv zur nachhaltigen Bewirtschaftung des Taï-Nationalparks und der Randzonen bei. Ökotourismuskonzept: Lodge im Regenwald, Exkursionen, habituierte Schimpansen, September und Oktober geschlossen.
23	GEORGIEN – Tourismusentwicklung im Borjomi-Kharagauli Nationalpark	Borjomi-Kharagauli Region	Tourismusförderung im Nationalpark mit dem Ziel der Co-Finanzierung des Schutzgebietes sowie Arbeitsplatzbeschaffung in der Trägerzone. Arbeitsbereiche: Qualifikationsmaßnahmen, Marketing, Kleinkredite.
24	GRIECHENLAND – EUREGIO Ohrid- und Prespa-Seen: Grenzüberschreitende Regionalentwicklung im Gebiet der Prespa-Seen und des Ohrid-Sees	Ohrid- und Prespa-Seen	Grenzüberschreitendes Projekt, siehe ÜBERREGIONAL und unter ALBANIEN und MAZEDONIEN.
25	GUATEMALA – Programm zur Klein(st-) und Mittelunternehmensförderung		
26	GUATEMALA -DDM Programm zur Unterstützung der Dezentralisierung und Gemeindeentwicklung		
27	GUATEMALA – Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen in Petén	Petén	
28	HONDURAS - Schutz und wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen – Komponente West		Touristische Infrastruktur am Cerro Celaque.
29	HONDURAS – KV- Schutz und Erhaltung des Biosphärenreservats Rio Platano	Biosphärenreservat Rio Platano	Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus im Biosphärenreservat Rio Platano; Programm erst im Aufbau.

Nr.	LAND: Projektbezeichnung	Projektstandort	Spezifische Tourismusaktivitäten, Anmerkungen
30	JEMEN – Förderung des Bergtourismus		GTZ-Eigenmaßnahme, in Planung.
31	KAMERUN - Förderung des Korup Nationalparks (Korup Projekt)	Korup Nationalpark	Kooperation mit Projekt „KAMERUN - Förderung des Ökotourismus"; Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur Förderung des Ökotourismus im und um den Korup Nationalpark.
32	KAMERUN - Förderung des Ökotourismus	Yaoundé	Politikberatung: Unterstützung der staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen und Akteure bei der eigenständigen Gestaltung und des Ökotourismus in Kamerun.
33	KAMERUN – Nachhaltige Bewirtschaftung der Waldressourcen am Kamerunberg	Kamerunberg	Ökotourismus als Komponente des integrierten Naturschutzes am Kamerunberg durch NGO-Mittlerorganisation MtCeo (Office de Tourisme Intercommunal du Mount Cameroun), Zusammenarbeit mit dem Projekt „KAMERUN - Förderung des Ökotourismus", Erstellung eines „Cahier de charges" zur Kooperation mit dem Tourismusministerium.
34	KAP VERDE – Förderung der beruflichen Bildung		
35	KAP VERDE – Sicherung und Nutzung natürlicher Ressourcen auf der Insel Fogo (Naturpark Fogo)	S. Filipe – Insel Fogo	Tourismusförderung im Rahmen einkommensschaffender Maßnahmen – Ökotourismus; Einrichtung des ersten Naturparks in Kap Verde.
36	KENIA - Transmara Entwicklungsprogramm		Projektaktivitäten in den Bereichen Viehwirtschaft, Betriebssystementwicklung und Pflanzenbau, aber auch Maßnahmen zur Förderung dörflicher Gemeinschaften und Selbsthilfegruppen sowie Ansätze zur Förderung nachhaltiger Wald- und Wildbewirtschaftung und Ökotourismus.
37	KIRGISTAN – Entwicklung des Biosphärenreservats Issyk-Kul	Biosphärenreservat Issyk-Kul	Tourismus wesentliche Einnahmequelle für Biosphärenreservat. Entwicklung des Yurtentourismus, Verbesserung der touristischen Infrastruktur, umweltfreundliche Verfahren, Training für lokale Dienstleistungsanbieter.
38	KONGO – Kahuzi-Biega Nationalpark	Kahuzi-Biega Nationalpark	
39	KROATIEN – Nachhaltige Tourismusförderung/Förderung tourismusrelevanter KMU	Dubrovnik	Regierungsberatung, Konzeptentwicklung, Betriebsberatung: -Restrukturierung der National Tourism Organisation -"Hotel-Fit"-Serviceprogramm -Entwicklung „Dorftourismus"
40	LAOS - Programm zur beschäftigungsorientierten Aus- und Fortbildung für Zielgruppen aus dem informellen Sektor (BAFIS)		Der Projektansatz zielt auf non-formale Ausbildung für den informellen Sektor und schließt Ausbildungsinhalte im Bereich 'tourism and services' mit ein. Je nach Standort der Ausbildungsstelle ist dies unterschiedlich entwickelt.
41	LAOS – Programm Ländliche Entwicklung Nordlaos	Nordlaos	Armutsorientierte ländliche Entwicklung von Bergregionen in der Provinz Luang Namtha. Erschließung alternativer Einkommensquellen durch Unterstützung der non-formalen Bildung und der Förderung des Ökotourismus.
42	MADAGASKAR – Integrierte forstliche Entwicklung in der Region Vakinankaratra	Region Vakinankaratra	
43	MALAWI – KV- Randzonen-Entwicklung Nyika National Park und Vwaza Mash Wildlife		
44	MAROKKO – Management und Schutz natürlicher Ressourcen		

Nr.	LAND: Projektbezeichnung	Projektstandort	Spezifische Tourismusaktivitäten, Anmerkungen
45	MAZEDONIEN – EUREGIO Ohrid- und Prespa-Seen: Grenzüberschreitende Regionalentwicklung im Gebiet der Prespa-Seen und des Ohrid-Sees	Ohrid- und Prespa-Seen	Grenzübergreifendes Projekt, siehe ÜBERREGIONAL und unter ALBANIEN und GRIECHENLAND.
46	MAZEDONIEN - Integrierter Beratungsdienst für die Wirtschaft (IBD)		Ziel: Verbesserte Voraussetzungen für die wirtschaftliche Integration privater Klein- und Mittelunternehmen ausgewählter produzierender Branchen in die Europäische Union.
47	MONGOLEI – Naturschutz und Randzonenentwicklung	Teil in Wüste Gobi, Teil in Naher holungs-gebiet Ulanbator	Ziele: Lokale Bevölkerung (m/f) und andere Interessens-gruppen bewirtschaften Schutzgebiete (Gobi, GT, CC) und deren Randzonen gemäß der Schutzziele.
48	MONGOLEI – Schutz und Management der östlichen Steppengebiete		Siehe „Umsetzung der Biodiversitätskonvention" http://www.gtz.de/biodiv/. Die Schutzgebietsverwaltung des ostmongolischen Bezirks Dornod wird beim Erhalt und der nachhaltigen Nutzung der Steppenlandschaft unterstützt. Es wird u.a. untersucht, welches touristische Potenzial in den Steppenlandschaften zu erschließen ist.
49	MONTENEGRO - Förderung tourismusrelevanter KMU	Budva	Regierungsberatung, Konzeptentwicklung, Betriebsberatung.
50	MOSAMBIK – Kommunale Tropenwaldbewirtschaftung		Förderung eines grenzübergreifenden Parkpaars (Kooperation mit KfW), Ökotourismuskomponente.
51	MOSAMBIK – Regionale Wirtschaftsförderung (REDE)	Inhambane	Entwicklung eines Konzeptes für nachhaltigen Tourismus im Bereich der Inhambane Halbinsel; Unterstützung bei der Ausarbeitung eines Marketing-, Investitions- und Entwicklungsplanes für Provinz Inhambane, Kooperationen mit lokalen Komitees, zusammengesetzt aus Gemeindevertretern, Distriktverwaltungen und Tourismusunternehmern. „Chikukwa Turismo Cultural" , Förderung einer community-based Kulturtourismus-Initiative im Naturschutzgebiet Chimanimani. Zusammenarbeit mit Seminar für Ländliche Entwicklung SLE Berlin, Publikation erhältlich in der Schriftenreihe des SLE „*Tourism and Coastal Zone Management*", ISBN 3-936602-05-0 Irish Aid Mozambique Forum de Natureza em Perigo Moçambique.
52	MOSAMBIK – Regionale Wirtschaftsförderung (REDE)	Chimoio, Provinz Manica	"Chikukwa Turismo Cultural" , Förderung einer community-based Kulturtourismus-Initiative im Naturschutzgebiet Chimanimani.
53	NICARAGUA – Ressourcenschutz und ländliche Entwicklung in der Region von BOSAWAS	Region Bosawas	Förderung von angepasstem Tourismus, Agroökotourismus.
54	NICARAGUA ZENTRALAMERIKA – Förderung nachhaltiger Entwicklung durch Tourismus in Zentralamerika (FODESTUR)		Ziele: Die für den Tourismus in Zentralamerika relevanten staatlichen und privaten Akteure setzen eine regionale Strategie für nachhaltigen Tourismus um. Siehe ÜBERREGIONAL.
55	PALÄSTINENSISCHES GEBIET – Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen im Tourismussektor		Ziele: Die Akteure im palästinensischen Tourismussektor sind in die Lage versetzt, das örtliche Tourismusangebot der internationalen Tourismusnachfrage anzupassen.
56	PERU – Förderung von Klein- und Mittelunternehmen in vier Regionen (PYME)		Ziele: Klein- und Mittelunternehmen in prioritären Sektoren (agroindustrielle Branchen und der Tourismus-Sektor) in ausgewählten Regionen verbessern ihre Unternehmensführung und Produktivität, organisieren sich zunehmend in den Kammern und greifen auf deren integrale und nachhaltige Dienstleistungen zurück.

Nr.	LAND: Projektbezeichnung	Projektstandort	Spezifische Tourismusaktivitäten, Anmerkungen
57	PERU – Programm Nachhaltige Ländliche Entwicklung PDR: Stärkung des Nationalen Systems der Naturschutzgebiete (FANPE)	Lima	Unterstützung des multi-kommunalen Unternehmens zweier Matsiguenkadörfer im Nationalpark und Biosphärenreservat Manu im Amazonastiefland bei Aufbau und Betrieb einer Tourismusherberge.
58	PERU – PDR: Ökotourismus im Manu Nationalpark	Manu Nationalpark	Gemeindebasierender Ökotourismus, Errichtung einer Regenwaldlodge.
59	PHILIPPINEN – Integrierte Entwicklung der Provinz Siquijor	Provinz Siquijor	Erstellung eines Tourismus-Masterplanes.
60	PHILIPPINEN - Förderung der Berufsbildung		Ziel ist es, duale Berufsausbildungsstrukturen im Land zu implementieren. Dabei wird eng mit der zentralen Berufsausbildungsbehörde des Landes und dessen Regionalstruktur sowie öffentlichen und privaten Schulen zusammen gearbeitet. Die dabei abgedeckten Berufsfelder umfassen nicht nur die klassischen Bereiche wie Metall, Elektrik etc. sondern auch Hotel/Touristik u.a.
61	RUANDA – Akagera Nationalpark	Akagera Nationalpark	
62	RUMÄNIEN – Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung		Tourismusentwicklung in ausgewählten Regionen im Rahmen der Wirtschaftsförderung.
63	RUMÄNIEN - Apuseni Entwicklungsprojekt		Modernisierung und Einkommenserhöhung von Kleinbetrieben unter Nutzung aller Einkommensmöglichkeiten. Dies schließt in geeigneten Gebirgsregionen die Förderung von ländlichem Tourismus ein. Wichtigste Anlaufstellen sind kommunale Bauernvereine und Tourismus-vereine, die vom Projekt in größerer Zahl geschaffen und unterstützt werden.
64	RUMÄNIEN – Wirtschaftsförderung durch touristisches Angebot		Informationszentrum für Großraubtiere in Transsilvanien.
65	SERBIEN - Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung	Belgrad	Potenzialanalyse in der Vojvodina, Messeförderung ITB, Beratung der Verbände und Tourismuszentralen, Produktentwicklung, Betriebsberatung. Beginn des Projekts: 1.9.2003
66	SRI LANKA - Entwicklung der Fischergemeinden und nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen	Südliche Provinz, Tangalle	Keine spezifischen Tourismusaktivitäten, die im Zusammenhang mit dem Projekt stehen; aber Interesse.
67	SUEDAFRIKA – Neuorientierung im Naturschutz (TRANSFORM)		Ziele im Tourismusbereich: Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten (equities) von communities an Lodgeunternehmen; Verbesserung der positiven Wirkungen von Lodges auf deren Umfeld in Form von nachhaltigem wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Nutzen.
68	SYRIEN – Stadtplanung Aleppo	Aleppo	
69	TANSANIA – KV- Naturschutz und Anrainerförderung Katavi- Rukwa	Katavi- Rukwa	Schaffung alternativer Einkommensquellen durch Tourismus.
70	TANSANIA – KV- Wildbewirtschaftung Selous	Selous	Förderung eines nachhaltigen Photo- und Jagdtourismus.
71	TANSANIA – Naturschutz in Anrainerförderung Saadani	Saadani	Ziele: Die Anrainerbevölkerung, Wildlife Division, TANAPA und andere Beteiligte schützen das Saadani-Ökosystem und ziehen einen Nutzen aus seiner nachhaltigen Bewirtschaftung.
72	VENEZUELA - Aufbau eines Umweltzentrums in El Pilar. Edo. Sucre	Carúpano	Aufbau eines multifunktionalen Umweltzentrums (mit botanischem Lehrgarten), Trainingsangebote sind auch für den Bereich „nachhaltiger Tourismus" vorgesehen. Kooperiert wird mit Oro Verde.
73	ZENTRALAFRIKA-NISCHE REPUBLIK – Naturschutz Bayanga		Ziele: Bevölkerung und Wirtschaftsunternehmen wenden nachhaltige, der Region angepasste Nutzungsformen der Waldressourcen an.

Nr.	LAND: Projektbezeichnung	Projektstandort	Spezifische Tourismusaktivitäten, Anmerkungen
74	ÜBERREGIONAL: Umsetzung der Biodiversitätskonvention		Ziele: Sicherung der Lebensgrundlagen, Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung, Langfristige Inwertsetzung ökosystemarer/biologischer Ressourcen, Weiterentwicklung der Instrumente und Organisationsformen der Konvent. Einzelprojekte sind den Ländern zugeordnet; siehe auch unter http://www.gtz.de/biodiv.
75	ÜBERREGIONAL: AMERIKA N.A.: Andenländer, Brasilien, Guyana – Tropenwalderhaltung Amazonien	Quito/Ecuador	Inwertsetzung der Ressourcen des tropischen Regenwaldes u.a. durch Tourismus. Projekt wirkt auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene durch Politikdialog, Wissensmanagement und Erfahrungsaustausch bzw. grenzüberschreitende Pilotprojekte.
76	ÜBERREGIONAL: BOLIVIEN, ECUADOR, KOLUMBIEN, PERU – Nachhaltige Landnutzung in Wassereinzugsgebieten der Anden		Ziel: Die Akteure in ausgewählten Wassereinzugsgebieten wenden innovative Methoden zur besseren Nutzung der Potenziale nachhaltiger Entwicklung an; Keine Tourismusaktivitäten, aber Interesse vorhanden.
77	ÜBERREGIONAL: EUREGIO Ohrid- und Prespa-Seen: Grenzüberschreitende Regionalentwicklung im Gebiet der Prespa-Seen und des Ohrid-Sees	Ohrid- und Prespa-Seen	Grenzübergreifendes Projekt, siehe unter ALBANIEN, GRIECHENLAND und MAZEDONIEN.
78	ÜBERREGIONAL: KAUKASUS, KIRGISTAN, KOLUMBIEN - Briefmarkenfonds; diverse Projektpartner vor Ort: kleine Ökotourismusvorhaben und Umweltbildungsprojekte		
79	ÜBERREGIONAL: ZENTRALAMERIKA – Förderung nachhaltiger Entwicklung durch Tourismus in Zentralamerika (FODESTUR)		Ziele: Die für den Tourismus in Zentralamerika relevanten staatlichen und privaten Akteure setzen eine regionale Strategie für nachhaltigen Tourismus um.

Stand 12.2003

Anlage 2

FZ-Projekte mit tourismusrelevanten Aktivitäten

Nr.	LAND : Projektbezeichnung	Lfd. Nr. der TZ-Tabelle	Projektstandort	Spezifische Tourismusaktivitäten, Anmerkungen
1	BENIN – FZ/TZ Kooperationsvorhaben (KV) Parkmanagement Pendjari	6	Tanguieta	Schaffen von touristischer Infrastruktur (Wegesystem im Park, Aussichtspunkte, Beteiligung Anrainer an Jagdtourismus)
2	BOLIVIEN – KV Artenvielfalt und Schutzgebiete	8	Sajama, Madidi, Cotapata, Tariquia	Schaffen von touristischer Infrastruktur (u.a. Finanzierung einer von Dorfgemeinschaft betriebene Ökolodge)
3	BRASILIEN – Naturschutzgebiete in Amazonien (ARPA-Programm)		Amazonien	Schaffung von Voraussetzungen für Ökotourismus im Amazonasraum und in der Mata Alantica als Komponente in vielen Einzelprojekten
4	BRASILIEN - KV- Integrierte Naturwaldbewirtschaftung Promanejo Phase I Phase II	10	Amazonien	s. TZ-Tabelle
5	BRASILIEN – KV Schutz und Bewirtschaftung der Mata Atlantica (Programm mit 6 FZ-Vorhaben): Schutz des tropischen Küstenwaldes in Sao Paulo Schutz des atlantischen Küstenwaldes in Paraná Schutz des atlantischen Küstenwaldes in Minas Gerais Schutz des atlantischen Küstenwaldes in Rio de Janeiro Schutz des atlantischen Küstenwaldes in Santa Catarina Schutz des atlantischen Küstenwaldes in Rio Grande do Sul	14	Mata Atlantica	s. TZ-Tabelle
6	ECUADOR – KV Gran Sumaco Phase I Phase II Schuldenumwandlung zugunsten Gran Sumaco Schuldenumwandlung zugunsten nat. NSG-System	21	Tena	Schaffen von touristischer Infrastruktur (Wegesystem im Park, Aussichtspunkte etc.)
7	ECUADOR – Morona-Pastaza		Grenzgebiet zwischen Ecuador und Peru	Unterstützung indigener Bevölkerung bei der Entwicklung von Gemeinde basiertem Tourismus (zwischen Prüfung und Durchführungsbeginn).
8	CÔTE D'IVOIRE – FZ/TZ KV Sektorprogramm Forst Phase I	22	Tai-Nationalpark	Ziel: Anrainerbevölkerung, nationale Strukturen und internationale Gebergemeinschaft tragen aktiv zur nachhaltigen Bewirtschaftung des Taï-Nationalparks und der Randzonen bei.

Nr.	LAND : Projektbezeichnung	Lfd. Nr. der TZ-Tabelle	Projektstandort	Spezifische Tourismusaktivitäten, Anmerkungen
	Phase II			Ökotourismuskonzept: Lodge im Regenwald, Exkursionen, habituierte Schimpansen, September und Oktober geschlossen.
9	GEORGIEN –Borjomi-Kharagauli Nationalpark Investition Aus- und Fortbildung (A & F)	23	Borjomi-Kharagauli Region	Tourismusförderung im Nationalpark mit dem Ziel der Co-Finanzierung des Schutzgebietes sowie Arbeitsplatzbeschaffung in der Trägerzone. Arbeitsbereiche: Qualifikationsmaßnahmen, Marketing, Kleinkredite.
10	GUAYANA - Schutzgebiete	Fehlt		Schaffen von touristischer Infrastruktur in ausgewählten Gebieten
11	HONDURAS – KV Río Plátano	29	Biosphärenreservat Rio Platano	einzelne Investitionen zur Schaffung von Voraussetzungen eines verstärkten Tourismus
12	KAP VERDE – KV Sicherung und Nutzung natürlicher Ressourcen auf der Insel Fogo (Naturpark Fogo)	35	S. Filipe – Insel Fogo	Tourismusförderung im Rahmen einkommens-schaffender Maßnahmen – Ökotourismus; Einrichtung des ersten Naturparks in Kap Verde. (KfW-Finanzierung ab Ende 2004)
13	MADAGASKAR – Umweltaktionsplan Ia (Nationalparks Andringitra und Marojejy) Investition Begleitmaßnahme		Regionen Antsiranana und Fianarantsoa	Beteiligungsstrategien der Anrainer an Tourismuseinnahmen (Träger, Führer, Versorgung der Touristen, Dorftourismus). Verknüpfung Kernaufgaben Staat (Basisinfrastruktur, Parkschutz) mit Einbindung privater Unternehmer (Konzessionsverträge, einfache Lodges und Tented Camps).
14	MADAGASKAR – Umweltaktionsplan IIIa (Nationalparkkomplex Ankarafantsika) Investition Begleitmaßnahme		Region Mahajanga	Beteiligungsstrategien der Anrainer an Tourismuseinnahmen (Träger, Führer, Versorgung der Touristen, Dorftourismus, Fördern von Frauengruppen zum Betreiben von Camps und Restauration). Entwickeln und Umsetzen eines Konzeptes und Businessplans zum Wissenschaftstourismus. Entwickeln und Umsetzen eine Konzeptes zusammen mit Privatsektor (Wichtige Teilzielgruppe: Ruheständler, Birdwatcher).
15	Madagaskar – Umweltaktionsplan V (Ökoregion Kirindy Mitea Tsimanampetsotsa)		Südwesten	Zielgruppenbeteiligung wie oben Privatsektorbeteiligung wie oben Verbindung von Strand und Tauchtourismus mit ökologischem Tourismus in 3 Nationalparks konzipiert – Projekt in Vorbereitung
16	Madagaskar – nationales programm		Förderung der Privatwirtschaft im Naturtourismus	Erstellen eines Finanzierungsmechanismus (Sinking Fonds oder verbilligte Kreditlinie), um es Tourismusunternehmern zu ermöglichen an ausgesuchten Nationalparks ein touristisches Produkt anzubieten, das internationalen Standards entspricht (in Vorbereitung).
17	MALAWI – KV-Randzonenentwicklung Nyika National Park und Vwaza Mash Wildlife Investition Phase I Begleitmaßnahme Phase I Investition Phase II	43	Nyika National Park und Vwaza Mash Wildlife	s. TZ-Tabelle
18	NICARAGUA – KV Tropenwaldprojekt Bosawas	53	Südosten	einzelne Investitionen mit Relevanz für Tourismusentwicklung

Nr.	LAND : Projektbezeichnung	Lfd. Nr. der TZ-Tabelle	Projektstandort	Spezifische Tourismusaktivitäten, Anmerkungen
19	PERU – KV Schutzgebiete	57	landesweit	Schaffen von touristischer Infrastruktur (Wegesystem im Park, Aussichtspunkte etc.), Finanzierung von Management- und Tourismusentwicklungsplänen
20	SADC - Förderung des Transnationalen Naturschutzgebietes Great Limpopo Park	50	Grenzgebiet von Südafrika und Mozambique	Förderung von Dorftourismus am Rande von 4x4 Wilderness – Trails (Ausbildung von Frauen mit geringer Schulbildung aus den Anrainerzonen in einer Tourismusschule zum Gründen eigener kleiner Unternehmen in dem Sektor vorgesehen), Camptourismus, Hiking Trails, Lodgetourismus in Verbindung mit international renommierten Tourismusunternehmen konzipiert,
21	TANSANIA – KV- Naturschutz und Anrainerförderung Katavi-Rukwa	25	Katavi- Rukwa	Schaffung alternativer Einkommensquellen durch Tourismus.
22	TANSANIA – KV-Wildbewirtschaftung Selous Phase I Phase II	26	Selous	Förderung eines nachhaltigen Photo- und Jagdtourismus.
23	ÜBERREGIONAL: KAUKASUS: Ökoregionales Naturschutzprogramm Phase I (im Rahmen der Kaukasusinitiative der Dt. Bundesregierung)		Javakheti (grenzübergreifend Georgien/ Armenien); Samur-Yalama (Aserbaidschan)	Aufbau von grenzübergreifenden Naturschutzgebieten, dabei Einbeziehung der Potenziale im Tourismussektor; Unterstützung eines regionalen Sekretariats (zwischen Prüfung und Durchführungsbeginn).
24	Uganda – KV Murchinson Falls Conservation Area (MFCA)		Murchinson Falls Conservation Area	Rehabilitierung der erforderlichen Parkinfrastruktur für touristische Nutzung und für das Schutzgebietsmanagement.

Stand 02.2004

Anlage 3

Aus dem EEF geförderte Projekte mit Tourismusbezug:

1991	**Land: Alle AKP-Staaten und ÜLG** Globale Bindungsermächtigung zur Finanzierung im beschleunigten Verfahren von Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Handel u. Dienstleistungsbereich (einschl. Tourismus)	35,0 Mio.€	6. EEF
1995	**Karibisches Regionalprogramm** zur Förderung des Tourismus	12,8 Mio.€	7. EEF: 11 MECU 1,8 MECU
1995	**Namibia** Tourismusentwicklungsprogramm	1,882 Mio.€	7.EEF: unter 2 MECU
1995	**Dominikanische Republik** Öko-Tourismus	500.000 €	7. EEF: unter 2 MECU
1995	**Dominikanische Republik** Öko-Tourismus	500.000 €	7. EEF: unter 2 MECU
1995	**Mosambik** Unterstützung der Entwicklung eines umweltfreundlichen Tourismussektors.	1,5 Mio.€	7. EEF: unter 2 MECU
1996	**Niederländische Antillen u. Aruba:** Erweiterung des karibischen regionalen Tourismusentwicklungsprogramms	0,4 Mio.€	7. EEF: unter 2 MECU
1996	**Kenia** Schaffung eines nachhaltigen Tourismusprogramms	1,97 Mio.€	7. EEF: unter 2 MECU
1996	**Sambia** Tourismusentwicklung.	1,5 Mio.€	7. EEF: unter 2 MECU
1997	**Madagaskar** Programme d'appui à la Maison du Tourisme et à l'Entreprise Touristique (P.A.M.T.)	1,9 Mio.€	6. EEF: unter 2 Mio. ECU
19 98	**Namibia** Tourismusentwicklung	7,2 Mio.€	8. EEF
1998	**Vanuatu** Programm zur Unterstützung des ländlichen Tourismus	275.000 €	8. EEF
1999	**Seychellen** Tourismus-Kapazitätenbildungs-Projekt	350.000 €	8. EEF
2000	**Kenia** Tourismus-Diversifikation	12,0 Mio. €	
2001	**Cayman Islands** Cayman Brac Nature Tourism Development	100.000 €	7. und 8. EEF
2001	**Dominica**Öko-Tourismus Entwicklungsprojekte (ETDP)	5,99 Mio. €	7. und 8. EEF
2001	**Uganda** Nachhaltiger Tourismus (Uganda Sustainable Tourism Development Programme, USTDP)	5,0 Mio. €	7. und 8. EEF
2002	**Karibischer Regionaltourismussektor** RSP (Regionalstrategieprogramm) und RIP (Regionales Indikationsprogramm)	8,0 Mio. €	8. EEF
2002	**CARIFORUM Countries** * Karibischer Regionaltourismussektor *(Forum karibischer AKP-Staaten und Kuba)	8,0 Mio. €	7. und 8. EEF
2003	**Vanuatu** Tourismus: Ausbildung und Training	1,999 Mio. €	6., 7. und 8. EEF

Im Rahmen der Programme für Technische Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (TACIS) und Community Assistance for Reconstruction, Democracy and Stabilisation (CARDS) wurden bzw. werden gefördert:

1995	Kasachstan	Restrukturierung des internationalen Tourismus-Curriculums
1997	Ukraine	Unterstützung des Aufbaus eines Krim – Tourismusentwicklungszentrums
1997	Russland	Projekt zur Verbesserung des ökologischen Wintertourismus in der Kirowskischen Region (KEWT)
1997	Russland	Svetour – Produktentwicklung und Marketing zur Werbung für den Tourismus in Swetogorsk und Imatra
1999	Moldawien	Tourismus und Höhere Ausbildung
1999	Ukraine	Regionale Entwicklung und Tourismus in den Karpaten
1999	Kirgisien	Tourismus und Ausbildung
2000	Russland	Verstärkung der Ausbildungsmöglichkeiten für den Tourismus in Moskau
2000	Mongolei	Master Plan für die Tourismus-Industrie
2001	Turkmenistan	Economics of Tourism
2001	Russland	Entwicklung eines grenzüberschreitenden Tourismus in RF, Teil der Barent Euro-Arktischen Region
2001	Georgien	Tourismus
2001	Russland	Networking für eine nachhaltige Tourismusentwicklung



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333